



<b>SUDAN</b> Widerstandskomitees weiterhin aktiv	8
<b>LIBANON</b> Interview mit der Demokratischen Volkspartei	10
<b>POST</b> Bruch mit der Sozialwirtschaft	12
<b>DOKUMENTARFILM</b> Kongos Vergangenheit und Gegenwart	14



## STRATEGIE

# Gegenmacht in reaktionären Zeiten

**Die weltpolitischen Umbrüche schreiten voran. Absehbar wird es wilder werden, nicht ruhiger. Die reaktionären Kräfte sind stark und als Teil von Kriegsvorbereitungen in Europa intensivieren sich Angriffe gegen widerständige Kräfte. Die Gretchenfrage für unsere Seite: Was tun?**

(gpw) Revolutionäre Gegenmacht erhalten und entwickeln, das ist in aller Kürze unser strategischer Vorschlag in der nicht-revolutionären Phase, als die wir die politische Lage in Europa in den letzten drei Jahrzehnten einschätzen. Nun aber spitzt sich die globale kapitalistische Krise dergestalt zu, dass sie sich zunehmend in Europa manifestiert, im Herzen der Metropolen. Politisch, ökonomisch, gesellschaftlich, militärisch, ökologisch: Es gibt keinen Bereich, der nicht von Umbrüchen und Krisen gekennzeichnet wäre. Die Lage ist dynamisch, prekär, volatil. Die herrschende Ordnung ist fragil und macht entsprechend viel, um die kapitalistische Herrschaft zu wahren. In diesem Kontext sind die gegenwärtige Stärke der Rechten sowie die autoritären Entwicklungen in verschiedenen Ländern einzuschätzen. Es findet ein verschärfter Klassenkampf von oben zwecks Sicherung der kapitalistischen Kontinuität statt. Alles, was irgendwie

das Potential für eine grundsätzliche Infragestellung ihres Systems beinhalten könnte, wird ins Visier kommen. Die Zügel werden angezogen und bürgerlich-liberale Freiheiten offen eingeschränkt. Immer unverblümt setzen die Herrschenden ihre Interessen durch. Das Wesen des Kapitalismus zeigt sich, der Vorhang fällt.

Das erhöht den Druck auf linke Positionen, auf alle Widerständigen, auf die antikapitalistischen, queeren, antiimperialistischen oder revolutionären Kräfte, die sich mit einem Grossangriff konfrontiert sehen. Die einzelnen Elemente dieses Angriffs mögen je nach Kontext unterschiedlich ausgeprägt sein und ungleichzeitig stattfinden. Aber die gemeinsame Tendenz ist, wenn wir um uns in die Welt blicken, kaum zu leugnen. In dieser Situation trauern einzelne politische Kräfte der alten Ordnung nach und wünschen sich eine Wiederkehr der letzten 30 Jahre. Sie verorten den Widerspruch in einer Verteidigung der liberalen bürgerlichen Demokratie gegen den Autoritarismus. Diese Verirrung wollen wir nicht mitmachen. Ganz ähnlich wie während der Covid-Pandemie, als sich revolutionäre Kräfte nicht etwa nach einer Rückkehr des kapitalistischen Normalzustands sehnten, sondern in der Krise des Alten das Neue suchten.

### Verteidigung und Angriff

Die Suche nach dem Neuen beginnt bei jenen Kräften, die am Alten zweifeln. Selbstredend gilt es, diese zu schützen, wenn sich die alte Ordnung gegen sie richtet. In der gegenwärtigen Phase ist deshalb die Selbstverteidigung des antikapitalistischen Lagers (inklusive seiner verschiedenen politischen Linien und seiner verschiedenen Ausprägungen des politischen Bewusstseins) von grosser Bedeutung. Es gilt, diese Position als eine vorrangige Aufgabe zu diskutieren und zu begreifen und zweitens Fähigkeiten und Möglichkeiten zu entwickeln, die weit mehr umfassen als «nur» die konkrete Verteidigung angesichts eines unmittelbaren Grossangriffs. Wir verstehen Selbstverteidigung somit als ein umfassendes politisches Konzept, das Teil des Erhalts und des Aufbaus von Gegenmacht ist, welches nicht nur Verteidigung, sondern auch Angriff ermöglicht. Unsere Selbstverteidigung ist keine Haltung des Einigeln und Abwartens, sondern der militanten Antizipation. Die Selbstverteidigung schützt das Sich-Entwickelnde und ist selbst Teil der Entwicklung. Wie meinen wir das?

# Inhalt

- 3 Imperialismus: Die alter Weltordnung bröckelt
- 4 Europapolitik: Feilschen um das Lohnniveau
- 5 Zürich: Vom Bunker zur autonomen Republik
- 7 Heraus zum 1. Mai! Doch warum überhaupt? Eine kurze Geschichte – auch für Geschichtsmuffel
- 8 Sudan: Revolutionäre Prozesse im Würgegriff des Kriegs
- 9 Türkei: Gespräch mit TKP-ML
- 10 Libanon: Interview mit Generalsekretär Hashisho (Teil 3)
- 11 Im Bild: Ghassan Kanafani
- 12 Post: Den gelben Riesen in die Knie zwingen – Betriebskampf statt Sozialpartnerschaft
- 13 Politische Ökonomie: Überausbeutung – trifft es das, was wir sagen wollen?
- 14 Kongo: Die Ermordung von Patrice Lumumba
- 15 Kulturtipps
- 16 Rote Kulturtag Zürich

## POLITISCHE GEFANGENE

Ein Versuch zu sprechen – Maja zur Anklageschrift

Seit über einem Jahr sitzt die italienische Antifaschistin Maja in einem ungarischen Gefängnis, weil ihr vorgeworfen wird an den Gegenprotesten zum «Tag der Ehre» teilgenommen zu haben. Nun wurde ohne Gerichtsverhandlung entschieden, dass sie weiterhin in Untersuchungshaft bleiben muss. Vollständiges Grusswort und mehr Infos zu den Gefangenen und Untergetauchten Antifas auf [www.basc.news](http://www.basc.news)

«Nun wo es mir vorerst verwehrt wird vor Gericht zu sprechen, habe ich mich dazu entschieden, es hier zu tun, ein längst überfälliger Schritt. Auf so vielen unterschiedlichen Wegen hat mich in den letzten Jahren eure Solidarität erreicht und bereichert mit Kraft, Mut und Zuversicht. Dank euch bleiben die Utopien farbenfroh, gehalten in zärtlichen Händen, deren Wille nicht bricht. Ich möchte euch wissen lassen, es wirkt, jedes Wort, jeder Gedanke, jeder politische Kampf, von dem ich höre und der sich traut nicht zu verstummen, sich immer neu aufbäumt, statt zu versanden im Wohlstandsmeer.

Ihr und eure Gefährt\*innen habt meine Solidarität, meine Gedanken verweilen bei euch und bei all den politischen Gefangenen, die weltweit für eine emanzipatorische Gesellschaft eintreten. Ich teile in Gedanken euren Schmerz, die Wut über die Staaten und ihre Gewalt, genauso wie die Hoffnung in einer Gesellschaft zu leben, die es nach wie vor wagt sich zum Besseren zu wandeln, die sich abkehrt von Krieg, Gewalt, Unterdrückung und Ausbeutung.

Auch wenn Ungarn mich weiterhin gefangen hält, im blossen Willen mich vorzuverurteilen, zu bestrafen und abzuschrecken, während die Bundesregierung schüchtern nickend Orban die Hände hält, auch wenn die Isolation meinen Kopf zermürbt, die fehlende Sonne mich erblassen lässt und die Sehnsucht nach einem Vertrauten Gespräch und einer einzigen Umarmung mich nachts aus dem Schlaf reisst – ich bleibe da, ich bleibe an eurer Seite. Lasst es uns immer wieder wagen nicht zu verstummen, auch wenn die Monate und Jahre manchmal drohen alle Hoffnung und das Vertrauen auf die eigenen Kräfte zu zersetzen. Verzagen können wir nicht, es wäre fatal. Zu vieles steht auf dem Spiel, so vieles ist bereits wieder ins Rutschen geraten, was einst erkämpft und erlernt wurde. Wenn mein kurzes Wort euch ermutigt hat, vielleicht mit einem vertrauten Lächeln, einem bestärkenden, sorgsamem Blick den ihr jemandem schenkt, dann bleibt mir nur euch Danke zu sagen fürs lesen und hören. A presto mi faro vivo!»

In solidarischen Gedanken, Maja



**Solidarität ist unsere Waffe**

Rote Hilfe Schweiz ★ [rotehilfesch.noblogs.org](http://rotehilfesch.noblogs.org)



8- März-Demo 2025

## Editorial

Was kann man in einem Editorial einer kommunistischen Zeitung heute schreiben? Dass die Welt aus den Fugen gerät, schreiben nun auch bürgerliche Medien, so offensichtlich werden alte Strukturen «über den Haufen» geworfen. Der Kapitalismus ist in der Krise? Das ist er schon eine ganze Weile. Und über neue (und teilweise auch über alte) autoritäre Regierungsformen kann man nun fast jeden Tag in allen Zeitungen lesen. Wir schlittern auf einen Abgrund zu? Diese Aussage lesen wir fast täglich, mal impliziter, mal expliziter. Bei dieser letzten Aussage widersprechen wir allerdings.

Die Entwicklungen des politischen und wirtschaftlichen Systems sind nicht neu, nun werden sie allerdings akuter und spitzen sich zu. Mit dieser Feststellung allein kommen wir nicht viel weiter. Wir können das Problem anschauen und analysieren, versuchen zu verstehen was passiert, so wie es manche der bürgerlichen Medien tun. Aber dann haben wir erst den ersten Schritt getan. Der viel wichtigere (aber auch schwierigere) Schritt ist, dass wir aus unseren Analysen konkrete Ideen ableiten, mit denen wir uns in diese Entwicklungen einbringen.

Wir sind keine Zuschauer\_innen, die am Feldrand stehen, und je nach dem was passiert entweder jubeln oder fluchen. Wir sind selber dafür verantwortlich, dass sich die Spielregeln grundsätzlich ändern. In dieser Zeitung zeigen wir Ansätze von Selbstverteidigung auf. Im Libanon (S. 10), in der Türkei/Rojava (S. 9) und vor allem auch die Kämpfe in unserem Umfeld (Schwerpunkt S. 6 & 7). In solchen Momenten bewegen wir uns und bringen unsere Politik voran.

### Für neue Leserinnen und Leser:

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf die Zerstörung des Planeten und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

## IMPERIALISMUS

# Die alte Weltordnung bröckelt

Selten war die Lage des transatlantischen Bündnisses so prekär wie heute, die inner-imperialistischen Widersprüche spitzen sich zu. Europa rüstet weiter auf.

(gpw) «Jahrzehnte, in denen nichts geschieht, und Wochen, in denen Jahrzehnte geschehen»: Die ersten Wochen unter der zweiten US-Administration von Donald Trump scheinen subjektiv mehr der zweiten Hälfte dieses leninschen Zitats zu entsprechen als der ersten. Trotz allem Chaos in der Umsetzung und Kommunikation, das für reichlich Irritation und Verwirrung sorgt, schreitet das unbestritten reaktionäre Programm der politischen Kräfte um Trump voran. Vieles davon, was sich die rechten Vordenker im Rahmen des «Project 2025» (ein Plan zum Um- und Abbau des Staats) vorgenommen hatten, wurde nach der Inauguration schleunigst angegangen. Gesellschaftliche Fortschritte, die staatlich abgesichert waren, werden über Nacht zunichtegemacht, die Repression gegenüber Kritiker\_innen und Ausländer\_innen erreicht ein neues Ausmass und offen verhöhnt die US-Exekutive die US-Judikative, wenn diese auf die Widerrechtlichkeit der Massnahmen der neuen Regierung hinweist. Eine autoritäre Entwicklung mit Ansage.

Der Klassenkampf von oben im Inland wird begleitet von radikalen Änderungen in der Umsetzung der US-Aussenpolitik. Zentrale Stützen der sogenannten «soft power» (also nicht-offene Mittel der Interessensdurchsetzung) werden aufgelöst, zurück bleibt die militärische und ökonomische «hard power» der USA. Das ist zum einen belegend, weil Institutionen wie die USAID in weiten Teilen dieser Welt ihren Teil dazu beitrugen, mittels medizinischer oder Nahrungsversorgung das Überleben vieler zu sichern. Aber das darf zum anderen nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Institutionen in ihrem Ursprung dafür geschaffen wurden, die Interessen der USA zu wahren und durchzusetzen. Explizit wurde etwa die kommunistische Gefahr ins Feld geführt, als 1961 die USAID gegründet wurde. Ob nun «soft» oder «hard power», beide sind Mittel zum imperialistischen Zweck - mal offen, mal nicht.

## ReArm Germany

Die US-Administration schlägt neue Töne gegenüber Russland an. Der Raum für Diplomatie im Krieg um die Ukraine öffnet sich wieder, nachdem über längere Zeit jeder Wortwechsel mit russischen Vertreter\_innen mit einem Tabubruch gleichgesetzt wurde. Alle europäischen Mächte blieben bei diesem Kurswechsel aussen vor. Ein Affront, der die bestimmenden Kräfte im Krieg um die Ukraine offenlegt. Die Überlegungen der US-Regierung sind wenig pazifistisch motiviert. Es geht darum, sich konsequent auf den globalen Konflikt der Grossmächte mit der Volksrepublik China einzurichten, gegenüber dem alle anderen Konflikte nachgelagert sind. Die ganzen Mittel der USA (inklusive Bündnispolitik) haben sich nach dem Hauptfeind auszurichten. Das heisst eben auch, der



Damals festlicher: Friedrich Merz (mit Ehefrau Charlotte), ehemals Vorsitzender der «Atlantik-Brücke», heute Bundeskanzler.

russisch-chinesischen Allianz ihren Kitt zu nehmen, indem Washington DC nach mehr als zehn Jahren Peitsche in der Ukraine nun wieder Zuckerbrot anbieten will. Offenkundig verliert das transatlantische Bündnis weiter an Bedeutung für die USA.

Was bleibt der europäischen Bourgeoisie anderes übrig, als festzustellen, dass politische Allianzen brüchig werden, sobald neue Ziele überwiegen? Selbst der ehemalige Blackrock-Manager und neue Bundeskanzler Deutschlands, Friedrich Merz (CDU), muss als überzeugter Transatlantiker feststellen, dass ein von den USA unabhängiges Europa nun «absolute Priorität» habe. Und plötzlich geht es rasend schnell. Die deutsche Schuldenbremse, eingerichtet, um die Staatsausgaben klein zu halten, wird kurzerhand gekippt, um dem Militarismus den Weg zu bahnen. Damit die dafür notwendige qualifizierte Mehrheit im Bundestag garantiert werden kann, peitscht man die Vorlage unter alten Mehrheitsverhältnissen durch, noch bevor sich der neue Bundestag konstituiert. So viel zur Wertschätzung der Bourgeoisie für den Willen der Wählenden. Sekundiert werden die Bemühungen, Deutschland mittels Milliardenausgaben in Waffen und Infrastruktur kriegstüchtig zu machen, vom Applaus des Instituts der deutschen Wirtschaft, welches sich davon einen «Investitionsboom» erhofft. Ein Militär-Keynesianismus, der auch andere «Booms» zur Folge haben kann.

## ReArm Europe

Die Europäische Union ihrerseits öffnet ebenfalls die Kassen (bzw. ist bereit, neue Schulden aufzunehmen), um der europäischen Kriegswirtschaft Beine zu machen. Stets wird das begründet mit der vermeintlichen Gefahr

aus dem Osten, die nur darauf warte, sich neuen Kriegsschauplätzen hinzuwenden. Es ist eine Gefahr, der nicht alle Glauben schenken. Deswegen haben die bestimmenden Kräfte in der EU Mühe, diesen politischen Kurs im Rahmen ihrer Institutionen durchzusetzen. Denn in einigen Ländern im Osten Europas (wie Ungarn oder der Slowakei) sind Regierungen an der Macht, deren Unterstützer\_innen dieser Gefahr weit skeptischer begegnen als es Brüssel recht ist.

Angesichts dieser Widersprüche innerhalb der Union erstarken Versuche, die Autonomiebemühungen Europas aus ihr auszulagern. Stets dabei ist jeweils die polnische Regierung, die sich heute damit rühmen kann, gegen 5% des BIP für den Krieg auszugeben und die drittgrösste NATO-Armee (nach den USA und der Türkei) zu stellen. Polen dürfte in diesen Unterfangen aber ein unsicherer Kantonist sein. Schliesslich wird Autonomie nicht einfach gegeben, sondern muss sich auch jenen gegenüber durchsetzen, von denen man sich loszulösen versucht. Paradox also, dass sich Polen jüngst anbot, das Kontingent US-Soldaten zu übernehmen, die noch in Deutschland stationiert sind, und kurz darauf um eine Verlegung von US-Atomwaffen ins Land bat. Sollten sich europäische Autonomiebestrebungen gegen US-Interessen durchsetzen müssen, könnte sich Warschau als Kuckucksei entpuppen. Zum Beispiel dann, wenn die US-Kriegsindustrie via US-Aussenminister Marco Rubio fordert, an den Goldtöpfen der europäischen Aufrüstung beteiligt zu werden.

## TODESANZEIGE PETRA KRAUSE

**Bewegt teilen wir mit, dass Petra Krause, geboren 1939, in den frühen Morgenstunden des 2. April 2025 in Mailand gestorben ist.**

Petra hat sich in den 1960er Jahren politisiert und war vor allem in den 1970er Jahren in verschiedenen Ländern Europas als revolutionäre Internationalistin aktiv. Sie versuchte, die verschiedenen damaligen politisch-strategischen Schwerpunkte – von Spanien bis in den Norden Europas – miteinander zu verknüpfen, wobei sie sich als Revolutionärin auch durch eine konkrete Praxis auszeichnete. Das verband sie auch mit revolutionären Kräften in der Schweiz, wo sie 1975 verhaftet und der Isolationsfolter unterworfen wurde. Sie trat dem Gegner auch in Gefangenschaft entschlossen entgegen, was zur Verknüpfung des Kampfes drinnen mit der breiten Kampagne draussen führte. Daraus entstand in der Folge eine enge politische Verbindung mit ihr. Auch nach ihrer Auslieferung nach Italien, wo sie 1977 frei kam, nahm sie ihre Rolle, die verschiedenen revolutionären Ansätze – von Frankreich bis Griechenland – miteinander zu verknüpfen, weiterhin wahr, auch in ihrer späteren Klandestinität, zu der sie gezwungen war, weil sie sich allen Kräften, die den revolutionären Kampf aufgeben wollten, theoretisch und praktisch widersetzte.



**Wir gedenken heute der revolutionären Spur, die sie gelegt hat, und nehmen sie weiterhin auf in unserer Praxis, eine internationalistische, revolutionäre, kommunistische Perspektive zu erkämpfen.**

**Revolutionärer Aufbau Schweiz  
Rote Hilfe International**

EUROPAPOLITIK

# Feilschen um das Lohnniveau

**Der Bund hat neue bilaterale Verträge mit der EU ausgehandelt. Welche Verschlechterungen mit «flankierenden Massnahmen» abgedeckt werden, ist zurzeit Teil eines Machtpokers.**

(az) In den sozialpartnerschaftlichen Hinterzimmern wird zurzeit das Lohnniveau vieler Arbeiter\_innen und Angestellten in der Schweiz verhandelt. Anlass ist eine weitere Runde von bilateralen Vertragswerken zwischen der Schweiz und der EU. Mit solchen Vertragsbündeln werden Handel, Verkehr, Personenfreizügigkeit, Forschung oder Landwirtschaft geregelt. Ein erstes Vertragspaket wurde 1994 verabschiedet, 2004 in den «Bilateralen II» weiterentwickelt und um Migrations- und Asylregelungen erweitert (Beitritt zu Schengen/Dublin). Die Gewerkschaften verkaufen ihre staats- und standortpolitische Zustimmung zu den Vertragswerken jeweils als Gegenleistung zu «flankierenden Massnahmen» – gesetzliche Bestimmungen der Schweiz, die das Lohnniveau gegenüber den EU-Ländern sichern sollen. Und diese Bestimmungen haben weitreichende Auswirkungen. Doch erst ein Blick zurück.

## Der Versuch, den «Spezialfall» zu sichern

Die EU kündigte schon 2008 an, dass die bestehenden Vertragswerke in einem «Rahmenabkommen» zusammengefasst werden sollten. Da sich die gesetzlichen Regelungen der Schweiz und der EU ständig weiterentwickeln, sollte der Prozess des Abgleiches von rechtlichen Regelungen, der Interpretation und der «dynamischen» Übernahme von rechtlichen Bestimmungen neu geregelt werden. Diese Arbeit leisten gemischte Ausschüsse, doch drängte die EU darauf, dass der Europäische Gerichtshof das letzte Wort bei Streitigkeiten haben soll. Die Verhandlung zu einem Rahmenabkommen dauerten von 2014 bis 2021 und endeten mit einem Rückzug der Schweiz aus den Verhandlungen. Die Bereitschaft der EU, der Schweiz politische und ökonomische Zugeständnisse zu machen waren geringer als noch in den 1990er-Jahren, als ein Schweizer EU-Beitritt in absehbarer Zukunft denkbar schien. Gleichzeitig lief die SVP mit dem Kampf gegen die «fremden Richter» zur Höchstform auf – der Bundesrat wollte deshalb innenpolitisch keine Abstimmung vor den Wahlen 2024 riskieren. Die EU wiederum setzte nach dem Scheitern der Verhandlungen Druck auf und schloss die Schweiz beispielsweise aus ihren Forschungsprogrammen aus.

Ein weiterer Verhandlungsanlauf ab 2022 konkretisierte sich schliesslich letzten Dezember. In einem symbolischen Bild, das die Rechten zur Hellebarde greifen liess, verkündeten Bundespräsidentin Amherd und EU-Kommissionspräsidentin Von der Leyen einen Durchbruch bei den Verhandlungen. Das Ergebnis war nun kein Rahmenabkommen

mehr, sondern wiederum eine Sammlung von Abkommen, die Handel, Verkehr, Agrargüter und Personenfreizügigkeit regeln und die Fragen nach der «dynamischen» Übernahme des EU-Rechts in die einzelnen Verträge integriert. Neu sind Abkommen, die auch eingeschränkten Marktzugang zum Schweizer Bahnnetz vorsehen und eine teilweise Öffnung des Strommarktes für private Konsument\_innen. Für das Kapital geht es um den existenziellen Zugang zum europäischen Markt. Dieser Zugang muss jedoch «erkauft» werden.

## Innenpolitische Zugeständnisse

Das Vertragswerk hat im Wesentlichen drei strittige Bereiche für die Innenpolitik in der Schweiz: Die Frage einer Schutzklausel, mit der die Schweiz einseitig die Zuwanderung beschränken können soll. Zweitens die Frage der Übernahme von neuen Rechtsbestimmungen der EU. Drittens die Frage der flankierenden Massnahmen zur Sicherung des Lohnniveaus. Die ersten beiden Punkte werden von Rechts politisiert. In den nun ausgehandelten Bestimmungen soll die Schweiz die Möglichkeit haben, einseitig einen «Notfall» auszurufen zu können, um damit die Zuwanderung zu begrenzen. EU-Recht wird in den geregelten Bereichen zukünftig «dynamisch» übernommen. Bei Streitfällen gibt es ein Schiedsgericht, im letzten Fall soll der Europäische Gerichtshof entscheiden. Die Schweiz hat jedoch zukünftig die Möglichkeit, Bestimmungen nicht zu übernehmen, muss aber dafür Kompensationen leisten. Das sind Zugeständnisse, sie kommen der SVP jedoch nicht genug entgegen. Umso wichtiger ist das Einverständnis der Gewerkschaften, um das Vertragspaket in einer Volksabstimmung durchzubringen.

Die Schweiz hat schon 2004 Bestimmungen als «flankierende Massnahmen» erlassen. Aktuell müssen Firmen aus der EU, die in der Schweiz Aufträge annehmen, die Arbeiter\_innen nach Schweizer Löhnen bezahlen, ihre Aufträge in gewissen Risikobranchen acht Tage vorher anmelden, eine Kautionszahl zahlen und sind auf eine bestimmte Anzahl Tage beschränkt. Wäre das nicht so, würde sich das Lohnniveau in der Schweiz senken. Überprüft wird das von sozialpartnerschaftlichen Kontrollen, die von Gewerkschaften und Arbeitgeber\_innenverbänden gemeinsam durchgeführt werden. Die Schweiz hat mit der EU nun ausgehandelt, dass neues Recht nur dann übernommen wird, wenn es das Lohnniveau nicht verschlechtert. Die EU ihrerseits hat durchgebracht, dass die Anmeldezeit für Dienstleister\_innen aus Risikobranchen auf vier Tage halbiert wird. Kauttionen sollen nur noch geleistet werden, wenn Firmen beim vorherigen Einsatz gegen Bestimmungen verstossen haben. Zusätzlich sollen Spesen nur noch nach dem Niveau des Herkunftslandes bezahlt werden. Insgesamt klare Verschlechterungen und schlechte Nachrichten für Arbeiter\_innen.

## Gesamtarbeitsverträge als Köder

Die grosse Feilscherei betrifft diejenigen Massnahmen, die die Schweiz einseitig erlässt, um die Löhne zu halten. Unter der Koordination des Bundes haben sich die Delegationen der Gewerkschaften und der Chef\_innen zu rund 60 Gesprächen getroffen. Ende Februar 2025 verkündete der Bundesrat, dass wesentliche Einigungen vorliegen würden. Viele davon betreffen technische Massnahmen wie eine Digitalisierung der Anmelde- und Kontrollverfahren. Bis anhin wurden Anmeldungen teilweise noch mit Fax verschickt. Spesen sollen weiterhin nach Schweizer Niveau berechnet werden. Auch das Instrument einer Dienstleistungssperre für fehlbare Firmen soll erhalten bleiben. Insgesamt drohen also vor allem Verschlechterungen, die durch die Zugeständnisse nur unwesentlich abgedeckt werden. Entsprechend haben die Gewerkschaften schon früh versucht, Druck aufzubauen.

Die Delegierten des Gewerkschaftsbundes verabschiedeten im Januar einen Forderungskatalog. Darin wurden etwa eine stärkere Haftung von Erstunternehmern oder Auftragsgebern vorgeschlagen. Auch eine Beschränkung für Temporärarbeit oder eine Stärkung des Kündigungsschutzes wurden in die Diskussion eingebracht. Doch der Punkt, um den sich die Verhandlungen drehten, betrifft die Allgemeinverbindlichkeit von Gesamtarbeitsverträgen (GAVs). Bis anhin ist es so, dass wenn mehr als die Hälfte aller Angestellten (und Firmen) in einem Bereich einem GAV unterstellt sind, dieser unter bestimmten Bedingungen auf den ganzen Bereich ausgedehnt werden kann. Dazu gehören auch Kriterien wie Notwendigkeit, Berücksichtigung eines «Gesamtinteresses», Rechtsgleichheit und Freiheit. Also viele Faktoren, die eine Ausweitung von Gesamtarbeitsverträgen schwierig machen. Einzelne bestehende, allgemeinverbindliche Verträge sind zudem gefährdet. Die Frage ist also, ob Veränderungen bei den Kriterien erwirkt werden können, um Allgemeinverbindlichkeiten zu sichern und einfacher neue einzuführen.

## Lautes bellen, aber keinen Biss

Die Gewerkschaften wurden an einem für sie sensiblen Punkt erwischt. Sie verlieren schon seit langer Zeit Mitglieder\_innen und damit Macht und Ressourcen durch Beiträge. Einige Gewerkschaften finanzieren sich zu einem wesentlichen Teil auch durch «Koordinationsbeiträge» von GAVs. In Bereichen wie dem Baugewerbe kommen auch die vergüteten sozialpartnerschaftlichen Kontrollen dazu. Das ergibt ein nicht unwesentliches materielles Interesse am Abschluss und der Aufrechterhaltung von Gesamtarbeitsverträgen. In letzter Zeit konnten aufgrund der gewerkschaftlichen Schwäche auch kaum GAVs erkämpft werden. Eine einfachere Allgemeinverbindlichkeit würde zumindest die bestehende Macht symbolisch und teilweise auch materiell stärken.

Die gewerkschaftspolitische Ausrichtung auf Ebene der Gewerkschaftsführung und des nationalen Gewerkschaftsbundes ist durch und durch sozialpartnerschaftlich. Sollten sie sich mal kämpferisch geben, ist dahinter oft Verhandlungstaktik. Und das weiss die Gegenseite. Wenn sich nun Gewerkschaftsboss Maillard kämpferisch gab und Widerstand androhte, dann war allen Involvierten klar, dass es Taktik war, um mehr rauszuholen. Zudem ist der staatspolitische Druck auf die (staatstragende) Gewerkschaftsführung gross. Die Alternative zu einem Kompromiss wäre eine Abstimmungskampagne gegen die Bilateralen, parallel zur SVP. Das würde die Sozialdemokratie in dieser Frage spalten, was diese verhindern will.

In Abwesenheit einer gewerkschaftspolitischen Alternative zum sozialpartnerschaftlichen Kurs, war die aktuelle Frage also, wie teuer die Gewerkschaftsführung die symbolische Macht ihrer Mitglieder verkauft. Ende März wurde diese Frage beantwortet, als sich Bundesrat Parmelin vor die Medien stellte und eine Einigung verkündete. Neben den schon beschlossenen Massnahmen, wurden minimale Verbesserungen beim Kündigungsschutz für Personalvertreter\_innen verabschiedet. Schon bestehende, allgemeinverbindliche GAVs sollen gestärkt werden. Von einer leichteren Allgemeinverbindlichkeit war nichts mehr zu hören. Die beteiligten Sozialpartner\_innen schlossen die Reihen, lobten den Kompromiss und waren bemüht, Stimmung für eine Annahme der Vorlage im Parlament zu machen.



Laute Töne nur als Verhandlungstaktik: Gewerkschaftsboss Maillard

ZÜRICH

# Vom Bunker zur autonomen Republik

**Der Lindenhofbunker 1970 war eines der ersten autonomen Jugendzentren in Zürich. Wir wollen zurückschauen und die Erfahrungen der proletarischen Jugend verstehen.**

(agj) Wo heute das Museum der Stadtpolizei ist, mitten in Zürich unter dem Lindenhof, war im Jahr 1970 eines der ersten Jugendzentren von Zürich im Lindenhofbunker. Viele Jugendliche waren inspiriert durch die internationale 68er Bewegung gegen den Vietnamkrieg, man wollte gegen die Generation der Eltern rebellieren und kämpfte um Freiräume. Nach Krawallen beim Globusprovisorium 1968 und um die Konzerte der Rolling Stones und Jimi Hendrix gestand der Stadtrat der Jugend den Bunker unter dem Lindenhof zu. Das Projekt Lindenhofbunker hielt nicht lange, doch die Erfahrungen und Resultate daraus sind prägend für die politische Geschichte von Zürich.

Die Internationale Lage war geprägt vom imperialistischen Krieg gegen Vietnam. Auch in Zürich gab es Mobilisierungen und Demonstrationen. In Spanien herrschte eine faschistische Diktatur unter Franco und in Griechenland eine Militärdiktatur. In Solidarität mit den Protesten vor Ort wurden die Botschaften der entsprechenden Länder immer wieder Ziele von militanten Angriffen. Lehrlinge und Jungarbeiterinnen waren in einer Phase des Widerstandes. Getrieben und angefeuert von den Kämpfen weltweit wollte man selbst auch was verändern. Viele wollten sich befreien von ihren Eltern, von der spiessigen Kultur oder auch vom System. Der Lindenhofbunker, eröffnet am 30. Oktober 1970 unter den Auflagen der Stadt, war dabei ein Anlaufpunkt. Ein Ort wo sich alle, die an unterschiedlichen Grenzen des Systems anstanden, sich einfanden. In den ersten Tagen kamen 8'000 Menschen. Es wurde zu einem Ort der Bezugs- und Treffpunkt für Jugendliche, die Stress mit ihren Eltern hatten, die eine kulturelle Abgrenzung wollten und für die politischen Kräfte. Ein Freiraum für verschiedenste Bedürfnisse entstand. Dass der Bunker schnell zu einem Ort wurde, der sehr auseinandergehende Bedürfnisse befriedigen sollte, war nicht einfach. Das Bunker-Komitee, als leitendes Organ, musste sich schon im ersten Monat unvorbereitet Problemen wie der Übernachtungsmöglichkeit stellen, da einige proletarische Jugendliche von ihren Eltern oder aus Heimen abhauen und im Bunker ihr neues Zuhause suchten. Zusätzlich war man konfrontiert mit zunehmendem Drogenkonsum, mit dem man einen Umgang finden musste. Die politischen Gruppen wie die Roten Steine oder die Heimkampagne (eine Kampagne für die Befreiung der sogenannten Heimzöglinge aus Erziehungsheimen waren von Anfang an Teil des Bunkerprojekts, doch andere Themen drängten sich zuerst in den Vordergrund.

Dem Stadtrat und spiessigen Nachbar\_innen des Bunkers gefiel diese Entwicklung nicht. Sie störten sich über den Lärm und bezeichneten den Bunker als "Saustall". Mit der Legitimation der zuvor verhandelten Regeln stellte

der Stadtrat ein Ultimatum mit Androhung auf Räumung. Die Bunkerjugend aber entschied sich den Bunker zu verteidigen und gründete mit einer Besetzung in der Silvesternacht 1970/71 die Autonome Republik Bunker (ARB). Die Verfassung der neugegründeten Republik war weitaus politischer als vorherige Inhalte. So wurde beispielsweise auch bestimmt, dass die Republik nicht dringend ortgebunden sein muss und somit auch nach einem allfälligen Ende der Zeit im Lindenhofbunker weiter existieren wird. Nach einigen Tagen der Polizeibelagerung wurde der Lindenhofbunker geräumt.

Doch dynamische Zeiten standen bevor. Unter dem Motto: dann suchen wir selbst unser Jugendzentrum, wurde das Baur au Lac und die Kronenhalle besetzt. Es gab Grossdemonstrationen und aus der ARB wurden Basisgruppen gebildet, die auf die verschiedenen Stadtkreise aufgeteilt waren. Die Basisgruppen verfolgten unterschiedliche politische Inhalte und waren Anschlusspunkte für Jugendliche. Als neuer Raum für Diskussionen wurde regelmässig das neu gebaute Shop-Ville, Vorzeigeprojekt für die Modernisierung der Stadt, eingenommen. Als der Stadtrat im sogenannten Shop-Ville-Erlass ein Versammlungsverbot erliess, antwortete die ARB mit einem Monster-Teachin. Schon kurz nach den ersten Reden riegelte ein Grossaufgebote der Polizei das Shopville ab, umstellte

die Versammlung und nahm die sogenannten Rädelsführer\_innen fest und setzte sie für drei Tage in Präventivhaft.

Die politische Bewegung aus dem Bunker wurde auf die Strassen und in die öffentlichen Räume getragen. Im Anschluss an die 1.-Mai-Demonstration 1971 der Gewerkschaften fand eine Nachdemo statt getragen von der ARB, Überbleibseln des FASS (Fortschrittliche Arbeiter Schüler und Studenten) und spanisch und italienischen «Fremdarbeitern», die vor das spanische Konsulat zog.

Interessant ist die Entwicklung der Proteste an Konzerten und vor dem Globusprovisorium zu einer organisierten und politischen kämpfenden Jugend. Wir schauen in die Geschichte und versuchen sie zu verstehen, damit wir daraus lernen, wie man mit den Herausforderungen in Freiräumen umging. Es gibt so viele Erfahrungen von Kämpfen in der Stadt, Kämpfe der proletarischen Jugend, behalten wir diese in Erinnerung.

Heute findet man rund um die Uraniawache und den Lindenhof keine Überbleibsel mehr vom Lindenhofbunker. Doch die Kämpfe um die Stadt um Freiräume sind nie erloschen. Die Besetzung des Kasernareals als Kreis 13, RTS-Demos (Reclaim The Streets) oder die Wohndemo sind Kontinuitäten der Geschichte.



Die Enklave mitten in Zürich - als die Republik im Lindenhofbunker ausgerufen wurde.

## UNVERÖFFENTLICHTE NACHRICHTEN

### Sugus-Häuser und Dölschihalde bleiben!

Gegen die zunehmenden Angriffe der Immohaie müssen wir uns selbst verteidigen. Daher haben wir die Verantwortlichen hinter den kürzlichen Massenkündigungen der Sugus-Häuser und der Dölschihalde in Zürich aufgespürt und besucht.

In den Nächten auf den 27. und 28. März 2025 haben wir eines von Dijana Zeindler Thalmanns Cosmopolitan Apartments an der Gotthelfstrasse 41, für das sie über 8'000 Fr. im Monat verlangt, sowie die LS Real GmbH Immobilienfirma von Corinne Styger am Leonhard-Ragaz-Weg 3 in Zürich mit Farbe besucht.

Die Stadt ist unser Zuhause. Hier arbeiten wir, gehen zur Schule, knüpfen Freund:innenschaften und bilden solidarische Nachbar:innenschaften. Alle, die hier aufgewachsen oder hergezogen sind, machen unsere Quartiere erst lebenswert. Wir kennen und schätzen die Orte in der Nähe, wo wir regelmässig zusammen anzutreffen sind. Hier leben, lachen, lernen wir.

Doch die Stadt ist umkämpft.

Gerade in der Krise riechen die Immohaie den Profit mit Betongold. Angefangen vor Jahren von der Innenstadt aus, krallen sich Staat und Kapital ein Quartier nach dem anderen in immer weiteren Kreisen bis in die Aussenquartiere und die Agglo. Die Regierung macht mit dem Immobilienkapital

gemeinsame Sache und ist nicht unglücklich, wenn arme Menschen aus der Stadt verdrängt und an deren Stelle Platz für Google, Business Apartments und Co. geschaffen wird. Massenkündigungen sind aktuell das Lieblingswerkzeug der Immohaie. Wo wir Menschen der unteren Klassen noch wohnen und wie wir die absurden Mieten bezahlen sollen, interessiert sie herzlich wenig.

Ende 2024 haben hunderte Mietende der Sugus-Häuser im Kreis 5 und der Dölschihalde-Siedlung beim Triemli die Kündigung wegen Luxussanierungen erhalten. Der Plan des ehemaligen Sugus-Verwalters Goran Zeindler: Die Wohnungen in möblierte Cosmopolitan Apartments seiner Frau Dijana Zeindler Thalmann umzuwandeln, von denen es bereits über zwanzig in der Stadt und andernorts gibt. Damit konnten sie sich die Luxus-Firmenparty in einer Villa auf Mallorca mit Golfturnier für ihre Businesspartner:innen gut finanzieren, wie ihre Website zeigt. Getreu ihrer Luxusliebe, wohnt Dijana Zeindler Thalmann aktuell im Bonzenort St. Moritz.

Die Eigentümerin der Dölschihalde-Siedlung, Corinne Styger, hat dagegen jahrelang auf Kosten der Bewohnenden den Unterhalt der Siedlung vernachlässigt und möchte sie nun vergolden. Sie schreckt auch nicht davor zurück, die Mieter:innen

zu erpressen, sich nicht gegen die Kündigung zu wehren. Und das alles, obwohl sie viele Mietende persönlich kennt, da sie selbst mit ihrem Mann in der Dölschihalde wohnte, bevor sie vor einigen Jahren nach Uitikon Waldegg an die Mangoldwiese 7A umgezogen sind.

Wir verteidigen unsere Quartiere.

Die Geschichte lehrt uns: Unser Leben und unseren Platz in der Stadt können wir nur selbst verteidigen. Die Vertreibung der Immohaie aus unseren Quartieren müssen wir in die eigenen Hände nehmen. Da wir unsere Quartiere gut kennen, können wir auch die noch so öffentlichkeitsscheuen Immohaie aus ihrer Deckung holen und zurückschlagen. Wir finden und vertreiben sie, bis das Quartier wieder uns gehört.

Goran und Dijana Zeindler Thalmann mit Cosmopolitan Apartments und Corinne Styger mit LS Real GmbH haut ab!

Wir senden widerständige Grüsse an die kämpfenden Mieter:innen der Sugus-Häuser und der Dölschihalde und allen anderen, die sich wehren. Wir sind viele und wenn wir uns zusammenschliessen und kämpfen, können wir gewinnen!

<https://barrikade.info/article/6924>

Fortsetzung von Seite 1

Ein Beispiel für diese Haltung finden wir in der kurdischen Bewegung. Die «Theorie der Rose» geht auf ein Bild zurück, das Abdullah Öcalan nutzt, um die Frage der Selbstverteidigung ins Zentrum zu rücken: «Ich habe viel über die Rose nachgedacht. Die Rose hat ihre Dornen fast als einen Akt der Selbstverteidigung. Selbst eine Rose, eine Pflanze hat also eine Selbstverteidigung. Man braucht sich nur die Natur anzuschauen, um die Fälle von Selbstverteidigung zu sehen.» Jedes Stückchen Wachstum der Rose wird von zugehörigen Dornen begleitet, welche die sich entwickelnde Pflanze schützen. Das Bild an sich mag als Analyse unvollständig sein, doch zwecks Versinnbildlichung ist es nützlich.

Es bleibt nicht beim Bild: Entsprechend dieser Vorstellung formieren sich die politischen Strukturen der kurdischen Freiheitsbewegung, unabhängig davon, welche Art der Arbeit unter welchen Bedingungen von ihnen geleistet wird. Stets wird die Selbstverteidigung dabei ganzheitlich mitgedacht, im Wissen darum, dass die wachsende Rose sich in einer feindlichen Umgebung durchsetzen muss, die nicht nur von einer militärischen Übermacht des Feindes gekennzeichnet ist, sondern ebenso (meist) mit einer politischen, ideologischen oder kulturellen Übermacht konfrontiert wird.

Gerade deshalb wäre es fahrlässig, das einmal Erämpfte als ewig gegeben zu betrachten und töricht, die verschiedenen Bereiche und Formen des Kampfes getrennt zu verstehen. Es wäre perspektivlos, die verschiedenen Kämpfe nicht auf ein gemeinsames strategisches Ziel auszurichten, welches eine Verbindung zwischen einzelnen Momenten schafft. Egal wo, ob in den Bergen Kurdistans, im Nordirak, im kurdischen Südosten der Türkei oder auch in den europäischen Metropolen, überall gehört die Frage des Selbstschutzes auf die Agenda, zumal die Bewegung an allen Orten von unterschiedlichen Feinden auf unterschiedliche Art und Weise bekämpft wird. Der Ansatz der Selbstverteidigung als ganzheitliches Konzept lässt sich vielleicht am fassbarsten in Rojava beobachten, wo sich der revolutionäre Prozess seit mehr als einem Jahrzehnt gegen eine Vielzahl von Feinde behaupten muss, die entlang unterschiedlichster Angriffssachsen operieren. Die Selbstverteidigung wird in das Volk und vom Volk getragen. Durch differenzierte Strukturen schützen sie das Gemeinsame und versuchen durch taktische Flexibilität das Wesentliche zu erhalten.

Das heisst zum Beispiel, dass der Kampf um den revolutionären Prozess nicht nur militärisch begriffen wird. Wesentlich ist ebenso die ideologische Schulung. Wesentlich sind die Entwicklung neuer Ideen, die sich in konkreten sozialen Projekten ausdrücken. Wesentlich ist die Schaffung eines Bewusstseins und einer Realität, die nicht mehr zurückwill zu dem, wie es früher war. Die Selbstverteidigung ist umfassender als die Waffe in der Hand. So gelingt es, wenn man in einem Bereich mit einer Übermacht des Feindes konfrontiert ist, sich nicht stur auf einen Abnutzungskampf einzulassen. Stattdessen weicht man aus



Symbolträchtige Fratze der Reaktion

und intensiviert andere Arbeiten, die dann in einer dialektischen Wechsellwirkung wiederum im ursprünglichen Bereich Räume für neue Initiativen aufmachen können. Rückzüge können offensiv wirken, solange die Machtfrage nicht aus den Augen verloren geht.

### Der Kampf der Frauen und Queers

Eine ähnliche Haltung militanter Selbstverteidigung ist auch in unseren Breitengraden in der (queer-)feministischen Bewegung zu finden, wenn auch auf einem anderen Niveau und weniger politisch oder organisatorisch konkretisiert. Verschiedene Faktoren tragen vermutlich dazu bei. Der subjektive Faktor – das heisst das Erwachen der eigenen Subjektivität mit dem ersten sinnlichen Eintauchen in die gesellschaftlichen Widersprüche – spielt dabei eine wesentliche Rolle. Diese Bewegung, bzw. die Menschen darin, schaffen es, Subjekt zu werden, indem sie die gesellschaftlichen Widersprüche, mit denen sie konfrontiert sind (wie etwa patriarchale Strukturen), erleben und zu begreifen versuchen, Erkenntnisse ableiten und gemeinsam darin und dagegen tätig werden. Es ist ein Prozess der Subjekt-Werdung, der einerseits angetrieben wird von (queer-)feministischen Grossereignissen und Demonstrationen, die Momente des Zusammenkommens und gemeinsamer Stärke bedeuten. Der aber ebenso verbunden wird mit einem kontinuierlichen Erkenntnis- und Handlungsprozess, welcher die Bewegung in unterschiedliche Richtungen, aber stets nach vorne gerichtet zu entwickeln versucht.

Öcalans Rose – als Sinnbild für Selbstverteidigung – wächst nicht im luftleeren Raum heran. Sie entwickelt sich und ihre Dornen zunächst in und aus den alten Bedingungen, die sie hervorbrachte und ihr Wachstum überhaupt erst notwendig und möglich machte. Und so entwickelt sich auf dem Boden der Gesellschaft an sich, die geprägt ist von patriarchalen Strukturen und Verhältnissen und welche durch die reaktionären Kräfte weiter gedüngt wird, spitzig und dornig eine Bewegung, welche

in Richtung einer sich verallgemeinernden Perspektive das ganze marode System ins Visier nimmt. Oft genug richten sich die Gegenangriffe der herrschenden Kräfte mit dem Ziel, ihre fragile Macht zu sichern, explizit gegen Frauen und Queers. Wer dergestalt im Kapitalismus als Feind behandelt wird: Wie soll sich da nicht selber ein Verhältnis der Feindschaft zum Kapitalismus entwickeln?

### Geballte Faust gegen Rechts

Die Dornen, die wir brauchen, um uns gegen den Kapitalismus zu behaupten, sind mannigfaltig. Eine, die hier nicht ohne Erwähnung bleiben sollte, ist jene des militanten Antifaschismus. Aus dem ganzen reaktionären Dreck, der durch die Krise aufgewirbelt wird, gehen faschistische Kräfte in die Offensive. Wenn wir uns vor Augen führen welche Kräfte in den umliegenden Ländern an den Urnen massgeblich von der politischen Krise der Bourgeoisie profitieren (ob nun Weidel, Meloni, Le Pen oder Kickl) und was sie anstellen, wenn sie den Staat kontrollieren. Wenn wir beobachten, wie eine gesellschaftliche Abstumpfung oder Verrohung Einzug hält, in welcher vormals Udenk-, Unsag- und Unmachbares wieder salonfähig wird. Und wenn wir beobachten, wie international nicht bloss von einer Rechtsentwicklung, sondern eher von einer rechten Hegemonie ausgegangen werden muss. Zudem ist anzunehmen, dass sich die Krise insgesamt nicht ent-, sondern verschärft, gerade auch in anbeacht der gewaltigen Aufrüstung und Militarisierung, die nun nochmals verstärkt in Europa die Politik bestimmt. Die Antifa-Genoss\_innen im Budapest-Komplex, die sich über zwei Jahre in der Klandestinität dem staatlichen Zugriff entzogen, sind in diesem Zusammenhang Bezugspunkte einer militanten Praxis, die versucht, den Herausforderungen (wie Repression) zu begegnen, welche sich als Folge dieser reaktionären Entwicklung und antifaschistischer Gegenwehr stellen.

Die Rose braucht Dornen, um sich gegen ihre Umwelt zu behaupten und sich selber zu verteidigen. Doch das ist nur eine Seite der Medaille. Vielleicht erschöpft sich an diesem Punkt auch die Nützlichkeit dieses aus der Natur gegriffenen Sinnbilds. Denn das Neue erstarkt ebenso dadurch, dass das Alte geschwächt oder vernichtet wird, mittels revolutionärer Initiativen und Perspektiven, die das Bestehende zu unterwandern suchen. Das leistet – bei allem Respekt für ihre Dornen und Blüten – die Rose so nicht. Die Ordnung der Herrschenden mag auf Sand gebaut sein, aber auch Sandburgen fallen nicht von sich aus ohne weiteres zusammen. Sie werden von Wellen hinweggefegt, die es aufzunehmen, zu entwickeln und in die entsprechenden Bahnen zu lenken gilt. Gleicherart offen ist, was an Stelle der alten Sandburgen oder Ordnung hervorkommen wird. Ersetzt neues, verschärftes Elend bloss das alte Elend? Es liegt am Widerstand, im Untergang des Alten dazu Alternativen zu entwickeln.



Überall, wo Neues entstehen soll: Räume erkämpfen und verteidigen

## GESCHICHTE

# Heraus zum 1. Mai! Doch warum überhaupt? Eine kurze Geschichte – auch für Geschichtsmuffel

**Am 1. Mai wird wieder auf der ganzen Welt gegen Kapitalismus, Ausbeutung, Unterdrückung, Krieg, Klimakatastrophe und für Solidarität und Sozialismus demonstriert. Doch woher kommt diese Tradition?**

(gpw) Der 1. Mai als internationaler Kampftag ist historisch eng an die Forderung nach einem Achtstundentag geknüpft. Da die Forderung lange kein Gehör fand, trat die US-amerikanische Arbeiterschaft am 1. Mai 1886 in den Generalstreik. In Chicago demonstrierten rund 80'000 Arbeiter\_innen. Die Kundgebung führte am 3. Mai zu heftigen Zusammenstössen mit der Polizei, wobei mehrere Streikende erschossen wurden. Als Reaktion darauf versammelten sich etwa 1000 Arbeiter\_innen auf dem Haymarket von Chicago, wobei es wieder zu Zusammenstössen kam. Mehrere Demonstrierende, aber auch Polizisten kamen, durch Explosionen und Schüsse ums Leben. Die Ereignisse fanden international Beachtung und kopierten die Forderung nach einem Achtstundentag an den 1. Mai und förderten auch die Bereitschaft zu militanten Aktionen. Der 1. Mai war nicht zufällig gewählt worden. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts war es in den USA üblich, dass Arbeitsverträge am 1. Mai endeten oder neu geschlossen wurden. Am sogenannten Moving Day wechselten viele Arbeiter\_innen somit ihre Arbeitsstelle und oftmals auch ihren Wohnort.

Als offizielles Geburtsereignis des 1. Mails gilt ein Beschluss des internationalen Arbeiterkongresses, der 1889 anlässlich dem 100 Jahre Jubiläum der Französischen Revolution in Paris einberufen wurde. In dem Beschluss heisst es: «Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine grosse internationale Manifestation (Kundgebung) zu organisieren, und zwar dergestalt, dass gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten (Behörden) die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen [...]». In Anbetracht der Tatsache, dass eine solche Kundgebung bereits vom Amerikanischen Arbeiterbund [...] für den 1. Mai beschlossen worden ist, wird dieser Zeitpunkt als Tag der internationalen Kundgebung angenommen. Die Arbeiter der verschiedenen Nationen haben die Kundgebung in der Art und Weise, wie sie ihnen durch die Verhältnisse ihres Landes vorgeschrieben wird, ins Werk zu setzen.»

## Forderung nach Arbeitszeitverkürzung

Das 19. Jahrhundert ist geprägt durch die industrielle Revolution und der damit einhergehenden Umwälzungen der Gesellschaften. Der Kapitalismus nahm Fahrt auf und damit auch die Frage nach der Arbeitszeit der Arbeiter\_innen. In Schweizer Baumwollspinnereien sind aus den 1820er und 1830er Jahren effektive tägliche Arbeitszeiten von 14-15 Stunden belegt. In den Hauptindustrien im Kanton Zürich waren 1855 Arbeitstage von 13-14 Stunden normal. Erste Forderungen nach einer Arbeitszeitverkürzung stammten nicht wie zu erwarten von den Proletarier\_innen selbst, sondern von einzelnen Bourgeois, die sich um den physischen und moralischen Zerfall der Arbeiter\_innen sorgten. Ab Mitte des Jahrhunderts verlangten zusehends Arbeiter\_innen die Verkürzung ihrer Arbeitstage. Zwischen 1850 und 1870 forderten die am besten organisierten Handwerker zuerst einen 11 und dann einen 10 Stunden Arbeitstag. Diesen erkämpften sie sich unter anderem mittels



Stechuhr: Symbol der Knechtschaft der Arbeiter\_innen und des Kampfes um den Achtstundentag

Streik. Ein bedeutender Schritt war die Einführung eines eidgenössischen Fabrikgesetzes 1877 mit dem 11-Stunden- bzw. am Samstag 10-Stunden-Tag. Hier reiht sich dann die Geschichte des 1. Mails ein.

Die Forderung nach einem Achtstundentag ist gerade aus Schweizer Sicht brisant, zumal sie hierzulande auch 136 Jahre später immer noch nicht erfüllt ist. In europäischen Ländern, in denen sich die Arbeiter\_innenklasse diesen erkämpfte, steht der Achtstundentag (oder weniger) unter Druck. Führt man sich vor Augen, dass die Produktivität der Schweiz von 1900 bis heute etwa zwischen fünf bis zehn Mal höher ist, dürften heutige Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen sehr radikal ausfallen.

## Wie der 1. Mai in die Schweiz kam

Am Arbeiterkongress in Paris nahm auch eine sechsköpfige Delegation aus der Schweiz teil. Sie wurde beauftragt, ein Exekutivkomitee zu bestellen, welches die Beschlüsse des Kongresses im Gebiet der ganzen Internationalen umsetzen sollte. Das Vertrauen in die Schweizer Delegation überrascht, zumal die Arbeiter\_innenbewegung hierzulande sowohl gewerkschaftlich als auch parteipolitisch noch kaum entwickelt war.

Der Beschluss aus Paris machte keinerlei Vorgaben, wie der 1. Mai zu begehen sei. Die zentrale Frage war die der Arbeitsniederlegung (vielleicht gibt es hier Parallelen zum heutigen feministischen Streik am 14. Juni). Die Gewerkschaften und die SP waren in dieser Frage gespalten, tendierten jedoch zu einem Streik als Ausdruck des Klassenkampfes. Andere Arbeiterorganisationen lehnten einen Streik aus Furcht vor Entlassungen ab. Wieder andere, wie beispielsweise der Schweizerische Metallarbeiterverband, der das stärkste Mitglied im Gewerkschaftsbund war, machten aus der Frage des 1. Mails eine private Sache. Jeder Arbeiter müsse selbst wissen, ob er arbeiten oder streiken wolle. In dieser Situation schaute man nach Deutschland, wo die Arbeiter\_innenbewegung bereits konsolidierter und stärker war. Als die Reichstagsfraktion der SPD sich gegen Kampfmassnahmen entschied, kippte auch die Stimmung in der Schweiz zugunsten der defensiven Positionen. Somit riet das Exekutivkomitee zur Vorsicht auf und legte die Organisation des 1. Mails in die Hände der lokalen Organisationen: «Über die Form dieser Manifestation wollen wir keine Vorschriften aufstellen [...]. Wo es ohne grosse Schwierigkeiten die Arbeiter durchsetzen können, zu diesem Zweck, während des ganzen Tages oder einiger Stunden die Arbeit ruhen zu lassen, da möge es geschehen. Und wo die Arbeiterorganisationen stark genug sind, um öffentliche Umzüge, Festlichkeiten u.s.w. abzuhalten, da kann es der Sache nur förderlich sein. Wo jedoch weder das eine noch das andere thunlich, da möge man zum mindesten eine öffentliche Versammlung am Abend einberufen [...]». Dementsprechend heterogen lief dann auch der erste 1. Mai 1890 in der Schweiz ab: Veranstaltungen am Abend (Luzern und Solothurn); Veranstaltung erst am Sonntag (Arbon); Demonstration am Abend (Lausanne); nach Verhandlungen mit den Arbeitgebern Arbeitsniederlegung eines Teils der Gewerkschaften bereits am Vormittag (St. Gallen); Kinder- und Familienfest am Nachmittag und am Abend eine inoffizielle Demonstration (Zürich); Demonstration und Feier am Abend (Biel und Basel); Demonstration am Nachmittag (Bern). Es ist festzustellen, dass tendenziell gearbeitet wurde und am Abend Demonstrationen, Feiern oder Versammlungen stattfanden.

Doch bereits ein Jahr später intensivierte sich der 1. Mai, vor allem in den städtischen Zentren. In Zürich streikte ein Teil der Arbeiterschaft bereits ab 6 Uhr und in Bern, Basel und Lausanne wurde am Nachmittag demonstriert. Die Anzahl der Maifeiern hatte zugenommen, sie wurden professioneller durchgeführt und das Streiken am Tag selbst gewann an Zustimmung.

## Gewerkschaften und Sozialdemokraten

Wie oben erwähnt, befand sich die Schweizer Arbeiter\_innenbewegung in den 1880er Jahren noch in der Konstituierungsphase, weshalb deren Entwicklung hier kurz skizziert werden soll.

Eine erste breite Gewerkschaftsbewegung formierte sich in den späten 1860er-Jahren und führte zu einer Blüte an Streiks. Orientierend dabei war die Internationale Arbeiter-Assoziation (Erste Internationale), die sich in folgenden Jahren in der Schweiz jedoch personell schnell verkleinerte. Neuen Schub erhielten die Gewerkschaften ab Mitte der 1880er Jahre, in einer Phase eines längeren wirtschaftlichen Aufschwungs. Damit verbunden war eine funktionale



Aus dem Kampf um den Achtstundentag ging im 19. Jahrhundert der 1. Mai hervor.

Differenzierung der Arbeiter\_innenbewegung, in der sich gewerkschaftliche klarer von politischen und kulturellen Organisationen abhoben. Der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen mündete in einer regen Streiktätigkeit und ersten überregionalen Aktionen. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund wurde 1880 ins Leben gerufen, er kam allerdings noch nicht wirklich zum Tragen. Wichtiger war die Verbreitung stabiler Zentralverbände, die sich auf Teilarbeitsmärkte fokussierten.

Als der erste 1. Mai in der Schweiz durchgeführt wurde, existierte die SP, damals noch die einzige Arbeiterpartei, gerade mal seit neun Monaten. Das 1888 verabschiedete Parteiprogramm wurde vom ehemaligen Freisinnigen Albert Steck geschrieben, der wohlgerne keinen Bezug zur internationalen sozialistischen Bewegung hatte. Hauptstossrichtung war die Organisation der Wirtschaft durch das Volk in Form von Verstaatlichung mittels Reformen. Die Maxime lautete: «Die sozialdemokratischen Bestrebungen gelten nicht irgenwelchen Vorrechten eines Standes oder einer Klasse, sondern vielmehr der Abschaffung der heutigen Standesprivilegien und Klassenherrschaft durch Einführung einer auf dem Grundsatz der allgemeinen Solidarität aller Gesellschaftsglieder ruhenden Gesellschaft.»

Eine klare marxistische Ausrichtung erhielt die SP mit dem Programm von 1904. So heisst es in der einleitenden Prinzipienklärung: «[...] Überführung der Produktionsmittel aus dem Privatbesitz in den Besitz der Gesellschaft und im Ersatz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch eine Gemeinwirtschaft auf demokratischer Grundlage. Unter den heutigen Verhältnissen vollzieht sich die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Form des Klassenkampfes. Während aber die Klassenkämpfe des Bürgertums die Festigung und Erweiterung seiner Klassenrechte zum Ziele haben, ringt die Arbeiterschaft um die Beseitigung jeder Klassenherrschaft und jeder Ausbeutung.»

## Ausblick

Über viele Jahre blieben die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften die tonangebenden Organisationen am 1. Mai. Ab 1919, mit der Gründung der Kommunistischen Partei, trat ein weiterer Akteur auf, der den 1. Mai mitprägte und nach vorne entwickelte und die Frage von Reform und Revolution neu stellte, in der auch die Frage der Arbeit(zeit) enthalten ist.

Mit der Differenzierung der Klasse im 20. Jahrhundert und ab 1968 prägen Gruppen der politischen Widerstandsbewegung und migrantische Kräfte den 1. Mai und bringen neue Themen auf. Sie verleihen dem 1. Mai eine starke internationalistische Prägung – ganz im Zeichen der Gründungszeit. Reformist\_innen und Gewerkschaften vermögen hingegen ihre Basis immer weniger zu mobilisieren, zumal die Strasse als strategischer Ort bei ihnen kaum mehr Beachtung findet. Die Arbeitszeit ist immer wieder einmal Thema, steht aber nur noch selten im Zentrum.

## SUDAN

# Revolutionäre Prozesse im Würgegriff des Krieges

Die bürgerliche Berichterstattung zum Krieg im Sudan konzentriert sich auf den Machtkampf zwischen zwei elitären Kriegstreibern einerseits und auf die humanitäre Krise andererseits. Unbeachtet bleiben die revolutionären Kräfte im Sudan, deren Selbstorganisation eine langjährige, tragfähige und kriegsüberdauernde oder gar – entscheidende Perspektive sein könnten.

(agfk) Verhältnismässig zum brutalen Ausmass wird wenig prominent über den mittlerweile zwei Jahren andauernden Krieg im nordafrikanischen Land geschrieben. Und wenn, dann kaum etwas zum Widerstand gegen Eliten und Kriegsherren. Der Sudan verfügt über eine Tradition des Widerstands gegen Kolonialismus, Militärdiktaturen und wirtschaftliche Ausbeutung. Bereits im 19. Jahrhundert formierten sich Bewegungen gegen die osmanisch-ägyptische und später britisch-ägyptische Herrschaft. Der Mahdi-Aufstand (1881–1899) ist ein bekanntes Beispiel für den frühen Widerstand gegen Fremdherrschaft. Nach der erreichten Unabhängigkeit 1956 erlebte das Land mehrere Militärputsche und Phasen autoritärer Regime, gegen die die Bevölkerung immer wieder aufbegehrte. Die Protestbewegungen von 1964 und 1985 führten jeweils zum Sturz der Regierungen. Doch neue Machthaber etablierten stets weitere Systeme der Unterdrückung. Während dieser Aufstände spielten Arbeiter\_innen, Gewerkschaften und Studierende eine zentrale Rolle. Die historischen Kämpfe zeigen, dass eine organisierte Zivilbevölkerung in der Lage ist, selbst die repressivsten Regime ins Wanken zu bringen.

## Die Zeit ist reif für «Freiheit und Veränderung»

Seit April 2023 herrscht Krieg zwischen den staatlichen Streitkräften «Sudanese Armed Forces» (SAF), angeführt von General Abdel Fattah al-Burhan und den paramilitärischen «Rapid Support Forces» (RSF), angeführt von Mohammed «Hemetti» Dagalo. Beide Kontrahenten waren ehemals Verbündete des Militärapparats von Diktator al-Bashir, der im April 2019 durch die zivile Demokratiebewegung gestürzt wurde.

Ab 1989 führte der Diktator Umar al-Bashir das Land mit eiserner Hand. Oppositionelle wurden verfolgt, Gewerkschaften verboten, die Presse kontrolliert und Frauen systematisch unterdrückt. Während Korruption und Vernetzung die Menschen in Armut versetzten, flossen bis zu 80 Prozent des Staatshaushaltes in einen enormen Apparat aus Militär, Geheimdiensten und Milizen. Der durch al-Bashir angetriebene Völkermord gegen verschiedene ethnische Gruppen in Darfur führte ab 2003, nach Schätzungen, zu einem Konflikt mit 500.000 oder mehr Toten, zehntausenden Vergewaltigungen und bis zu 7 Millionen vertriebenen Menschen.

Die Wucht der landesweiten Proteste und des zivilen Ungehorsams traf das Regime al-Bashir unvorbereitet. Ein grosses Bündnis oppositioneller Gruppen innerhalb der «Forces of Freedom and Change» (FFC), der Gewerkschaftsverband «Sudanese Professionals Association» sowie die landesweiten Widerstandskomitees, die sich dezentral organisieren, brachten al-Bashir zu Fall.

## Frauen im Sudanesischen Widerstand

Bei den Protesten gegen das Regime von al-Bashir stellten Frauen eine treibende Kraft dar. Sie organisierten Streiks, führten Demonstrationen an und riskierten ihr Leben, um gegen Unterdrückung und patriarchale Gewalt zu kämpfen. Frauen trugen massgeblich zur Mobilisierung der Bevölkerung bei, indem sie über soziale Netzwerke Proteste koordinierten, sichere Häuser für Aktivist\_innen bereitstellten und politische Debatten führten. Ein zentrales Frauenkollektiv ist beispielsweise das «Women's Revolutionary Collective». Es entstand aus den Protesten von 2019 und fordert eine konsequente feministische Perspektive innerhalb des revolutionären Aufbruchs. Es kritisiert patriarchale Strukturen innerhalb des Widerstands und in der Gesellschaft insgesamt. Des Weiteren gibt es die «No to Oppression against Women Initiative». Die Initiative wurde 2009 gegründet, um Frauenrechte zu verteidigen und gegen geschlechtsspezifische Gewalt zu kämpfen. Sie bietet rechtliche Unterstützung für Opfer und setzt sich für die Beteiligung von Frauen in politischen Prozessen ein. Ebenfalls bedeutend ist die «Sudanese Women's Union» (SWU). Sie wurde 1952 gegründet und ist eine der ältesten Frauenrechtsorganisationen im Sudan. Die SWU engagiert sich für die Bildung von Frauen, Arbeiterinnenrechte und die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter.

## Regionale Widerstandskomitees als revolutionäre Praxis

Besonders interessant aus frauen- und klassenkämpferischer Perspektive sind die Widerstandskomitees im Sudan. Es sind Basisgruppen, die aus lokalen Gemeinschaften hervorgegangen in ganz Sudan gebildet werden. Jedes Widerstandskomitee (der über 5000) operiert eigenständig, was die Bewegung widerstandsfähig gegenüber staatlichen Eingriffen macht. Ihre Struktur ermöglicht eine lokale Entscheidungsfindung sowie rasche Handlungsfähigkeit auf spezifische örtliche Herausforderungen.

Seit dem Ausbruch der aktuellen Kämpfe im April 2023 zwischen «SAF» und «RSF» steht die organisierte Zivilgesellschaft vor enormen Herausforderungen. Die Widerstandskomitees haben ihre Aktivitäten angepasst und konzentrieren sich verstärkt auf die Unterstützung der Zivilbevölkerung. Sie organisieren die Versorgung mit Lebensmitteln, leisten medizinische Hilfe und unterstützen bei Evakuierungen aus umkämpften Gebieten. Trotz der schwierigen Umstände setzen sie sich weiterhin für eine demokratische Zukunft im Sudan ein. Dabei bewältigen sie die schwierige Aufgabe, inmitten von Gewalt und politischer Instabilität ihre Unabhängigkeit und Wirksamkeit zu bewahren. Das Militär setzt zunehmend Gewalt gegen die Komitees ein, verhaftet Aktivist\_innen und versucht, ihre Netzwerke zu zerschlagen.

## Sudan und eine revolutionäre Perspektive?

Die Vereinten Nationen sprechen von der aktuell grössten Hungersnot der Welt. Ein Bericht der Unicef dokumentiert grassierende sexuelle Gewalt gegen Kinder im Sudan. Sowohl den SAF als auch den RSF werden Kriegsverbrechen vorgeworfen. Seit Ausbruch des Krieges 2023 flüchteten zirka 14 Millionen Menschen vor den lebenswidrigen Zuständen in andere Landesteile oder aus dem Sudan.

2023 veröffentlichten die Widerstandskomitees «Die revolutionäre Charta zur Errichtung der Volksmacht» (auffindbar im Internet). Die Charta behandelt Themen wie die dezentrale lokale Verwaltung, soziale Gerechtigkeit, Wirtschaft, Aussenpolitik, staatliche Gewalt, Reform des Sicherheitssektors sowie das Verhältnis zwischen Militär und Zivilgesellschaft.

Die Widerstandskomitees haben bewiesen, dass sie die Fähigkeit besitzen, Selbstverwaltungsstrukturen von unten aufzubauen, durch einen umfassenden und kontinuierlichen Prozess der Organisation in der Tiefe der Gesellschaft. Ihre Parolen lauten: «Keine Verhandlungen über die Forderung des völligen Ausschlusses des Militärs von der politischen Bühne; keine Legitimierung totalitärer Regime und keine Kompromisse beim Recht unseres Volkes auf ein menschenwürdiges Leben». Klar ist, dass ein befreites Sudan nicht durch Verhandlungen zwischen Generälen realisiert werden kann. Eine revolutionäre Lösung kann nur im Aufbau einer organisierten Gegenmacht sowie im Sturz aller herrschenden und konterrevolutionären Kräfte liegen.

## Der Hauptfeind heisst Imperialismus

Diesem Ziel stehen allerdings nicht nur die ökonomischen Interessen der Sudanesischen Bourgeoisie, sondern auch imperialistische Interessen entgegen. Der Sudan ist reich an Bodenschätzen wie Erdöl, Chrom, Eisenerz, Gold, Uran und seltene Erden. Zudem verfügt der Sudan über riesige Wasserreserven und grosse landwirtschaftliche Flächen. Das Land ist geostrategisch wichtig, weshalb sowohl Gross- wie auch Regionalmächte sich einmischen. Beide Bürgerkriegsparteien versuchen, verschiedene Interessen gegeneinander auszuspielen und die USA wie auch China und Russland als Unterstützer zu gewinnen. Für die USA sind insbesondere Waffenexporte von Interesse sowie die Bewegungsfreiheit durch die Wasserstrasse, die das Rote Meer mit dem Golf von Aden und dem Indischen Ozean verbindet. Russland zielt auf einen Marinestützpunkt ab und ist ebenfalls im Waffenhandel aktiv. Auch die Söldnertruppe Wagner ist im Sudan präsent, ihr Interesse gilt v.a. dem Goldhandel. Eine besondere Rolle spielt China: Der Sudan und China unterhalten enge wirtschaftliche Beziehungen in den Bereichen Landwirtschaft, Energie und Bergbau. Die Exporte des Sudan im Jahr 2020 nach China erreichten 766 Millionen US-Dollar, was 19 Prozent seiner Gesamtexporte entspricht und China zu seinem zweitgrössten Handelspartner macht. Benachbarte Länder des Sudan sind insbesondere an Wasser und landwirtschaftlichen Produkten interessiert. Schweizer Unternehmen zielen vor allem auf das Potential der Landwirtschaft im Sudan. Die Schweiz exportiert hauptsächlich pharmazeutische Produkte in den Sudan (65 %) und importiert fast ausschliesslich Landwirtschaftsprodukte (99 %).

Der aktuelle Krieg ist erneut eine äusserst schreckliche Phase für das sudanese Volk. Doch ist zuvor ein jahrzehntelang herrschender Ausbeuterclan gestürzt worden. Die Widerstandskomitees, die dies erwirkt haben, sind immer noch aktiv – Grund genug, am Potential einer revolutionären Entwicklung festzuhalten. In unserer Solidarität mit den Widerstandskräften im Sudan sehen wir die Notwendigkeit, den gemeinsamen Feind hier zu bekämpfen. Und um nicht nur einzelne Herrscher, sondern das gesamte kapitalistische System nieder zu reissen, kommen wir um den Aufbau von schlagkräftigen revolutionären Organisationen nicht herum – hier wie dort.



«Die Widerstandskomitees sind der Keim für ein zukünftiges lokales Regierungssystem, in dem die Menschen selbst die Kontrolle über die lokalen Behörden und Ressourcen haben, um diese für ihre Entwicklungsbedürfnisse zu nutzen». Muzna Alhaj (Mitglied eines Widerstandskomitees in Khartoum).

## TÜRKEI

# «Gerade unter Bedingungen des offenen Faschismus ist der bewaffnete Kampf nicht nur eine Option sondern eine historische Notwendigkeit.»

Am 24. April 1972 gründete Ibrahim Kaypakaya gemeinsam mit rund 15 Kadern und weiteren Sympathisanten die Türkiye Komünist Partisi/Marksist-Leninist TKP-ML (Kommunistische Partei der Türkei / Marxistisch-Leninistisch) und die unter ihrer Führung stehende Volksarmee, die Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee TIKKO. Auch noch heute – über 50 Jahre später – kämpft die TKP-ML sowohl in der Türkei und Rojava – auch als Teil der HBDH / KBDH – wie auch in Europa für die kommunistische Revolution und die Befreiung der Völker. Anlässlich ihres im vergangenen Sommer durchgeführten 2. Kongresses haben wir uns mit einem Militanten zum Gespräch getroffen.

(gpw) Vor einigen Wochen habt ihr bekannt gegeben, dass ihr als Partei den 2. Kongress abgehalten habt. Kannst du uns einen Einblick über die Bedingungen geben, unter welchen der Kongress abgehalten wurde?

Unser 2. Parteikongress fand unter historisch bedeutsamen, aber zugleich äusserst schwierigen Bedingungen statt – sowohl im internationalen als auch im nationalen Kontext.

International erleben wir eine dramatische Zuspitzung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Blöcken. Die Weltordnung, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg etablierte, zerfällt zunehmend. Neue Bündnisse entstehen, wie etwa zwischen Russland und China, während die NATO sich immer weiter ausdehnt. Die Konkurrenz um Märkte, Ressourcen und geopolitische Kontrolle hat längst ein Niveau erreicht, das viele revolutionäre Organisationen, darunter auch wir, als Vorstufe zu einem neuen imperialistischen Weltkrieg bewerten. Der Krieg in der Ukraine, die zunehmenden Konflikte im Nahen Osten und das sich abzeichnende militärische Wettrüsten sind dafür klare Anzeichen. Diese Tendenz hat auch ideologische Konsequenzen: Faschistische, rassistische und militaristische Kräfte gewinnen weltweit an Boden, während demokratische und soziale Rechte abgebaut werden.

Auf der nationalen Ebene, in der Türkei, verschärft sich diese Tendenz nochmals durch die spezifischen Merkmale des türkischen Faschismus. Das AKP-MHP-Regime befindet sich in einem Prozess der totalen Reaktion: Es konsolidiert seine Macht durch eine Kombination aus autoritärer Kontrolle, ökonomischer Umverteilung nach oben und aggressivem Nationalismus. Die wirtschaftliche Krise – verursacht durch strukturelle Abhängigkeit vom imperialistischen Finanzkapital, massive Verschuldung und eine dramatisch steigende Inflation – hat breite Bevölkerungsschichten ins Elend gestürzt. Unter dem Deckmantel eines sogenannten «Mittelfristigen Programms» werden die Lasten der Krise direkt auf die Schultern der Arbeiterklasse und die Werktätigen abgewälzt. Parallel dazu nimmt die staatliche Gewalt gegen jede Form von Opposition zu.

Besonders betroffen sind dabei die kurdische nationale Bewegung, Frauenorganisationen, revolutionäre und kommunistische Kräfte, LGBTI+-Strukturen sowie alevitische und andere religiöse Minderheiten. Der Versuch, eine innere «Einheitsfront» zu errichten, geht einher mit äusserer Aggression: Die militärischen Operationen in Syrien und Irak, die Unterstützung des Aserbaidschans Faschismus gegen Armenien und die enge Zusammenarbeit mit dem zionistischen Israel zeigen, dass der türkische Staat auch aussenpolitisch auf Expansionskurs ist.

Inmitten dieser objektiven Verschärfungen, von der drohenden globalen Kriegeskalation über regionale Konflikte bis hin zur ökonomischen und politischen Zuspitzung im Inland, hat unsere Partei den 2. Kongress abgehalten.

**Inwiefern hat eure Analyse über die aktuellen Bedingungen Einfluss auf eure politische Arbeit und die Beschlüsse des 2. Kongresses?**

Unsere politische Arbeit ist untrennbar mit der Analyse der objektiven Bedingungen verknüpft. Der 2. Kongress fand inmitten einer weltweiten Zuspitzung imperialistischer Widersprüche statt, die nicht nur globale Machtverschiebungen andeuten, sondern auch konkret Auswirkungen auf unsere Region, insbesondere die Türkei und den Nahen Osten, haben. Diese historische Phase, die durch die Eskalation zwischenimperialistischer Spannungen, zunehmende faschistische Repression und



Mit der Fahne der TKP-MLV in der Hand.

gesellschaftliche Polarisierung gekennzeichnet ist, erforderte eine tiefgreifende Neubewertung unseres politischen und organisatorischen Fundaments.

Entsprechend wurden auf dem 2. Kongress grundlegende Beschlüsse getroffen: Unsere Partei hat eine umfassende Analyse der sozioökonomischen Struktur der Türkei durchgeführt und auf dieser Basis ihr Parteiprogramm aktualisiert. Es ging uns dabei nicht nur um eine theoretische Neubestimmung, sondern um die konkrete Anpassung unserer revolutionären Praxis an die veränderten Bedingungen.

Der Kongress hat deutlich gemacht, dass sich die ökonomische Struktur der Türkei verändert hat: Der Kapitalismus, wenn auch in abhängiger und kompradorischer Form, ist heute die dominante Produktionsweise. Die halbfeudalen Verhältnisse bestehen nur noch als Überbleibsel und sind in den Hintergrund getreten. Das bedeutet: Der Schwerpunkt des revolutionären Kampfes verschiebt sich stärker in die Städte, zu den Industriearbeiter:innen, zu den werktätigen Massen in den urbanen Zentren, ohne jedoch die Kämpfe auf dem Land aus dem Blick zu verlieren.

Der 2. Kongress hat unsere strategische Linie, die Demokratische Volksrevolution unter proletarischer Führung, bestätigt und zugleich präzisiert. Diese Revolution richtet sich gegen den Imperialismus, den Faschismus und die herrschende Kompradorenbourgeoisie und sie hat das klare Ziel, den Weg zum Sozialismus zu eröffnen.

Neu ist dabei nicht das Ziel, sondern die genauere Einschätzung der Bedingungen, unter denen dieser Weg geführt werden muss.

## Was heisst das für den bewaffneten Kampf?

Unser Kongress hat den bewaffneten Kampf als unverzichtbaren Bestandteil des revolutionären Prozesses bekräftigt. Gerade unter Bedingungen des offenen Faschismus ist der bewaffnete Kampf nicht nur eine Option sondern eine historische Notwendigkeit. Der Staat reagiert auf jede Form von Opposition mit brutaler Gewalt, mit Repression, mit gezielten Tötungen. In einem solchen Kontext wäre es illusionär zu glauben, dass eine Revolution durch rein legale, parlamentarische oder friedliche Mittel möglich sei. Der bewaffnete Kampf ist nicht Selbstzweck, sondern Teil einer umfassenden Strategie zur Machtergreifung durch das Volk.

Zugleich betont der Kongress, dass die Demokratische Volksrevolution nicht allein militärisch geführt werden kann. Sie muss alle demokratischen Forderungen der unterdrückten Klassen und Schichten aufgreifen: die nationale Frage, die Befreiung der Frau, den Kampf gegen Heterosexismus, die Religions- und Glaubensfreiheit, den ökologischen Widerstand und die sozialen Kämpfe der Massen. Erst durch die Verbindung all dieser Fronten entsteht die Kraft, die den herrschenden Block tatsächlich zerschlagen kann.

**Da eure Partei mit Strukturen in verschiedenen europäischen Ländern vertreten ist, sind wir natürlich auch interessiert daran, welche Auswirkungen euer 2. Kongress auf eure Militanten in den kapitalistischen Metropolen hat. Arbeitet ihr mit «lokalen Kräften» zusammen?**

Ja, die Auswirkungen sind erheblich. Der 2. Kongress hat nicht nur die Arbeit in der Türkei, sondern auch in Europa reflektiert und neu bestimmt. Die Analyse der internationalen Lage, insbesondere die Eskalation zwischen den imperialistischen Mächten betrifft auch die Metropolen. Denn hier werden die Kriege geplant, hier wird die ideologische Hegemonie über die Welt ausgeübt, hier manifestiert sich der Klassenwiderspruch auf einer anderen, aber nicht weniger brutalen Ebene.

In Europa leben Millionen Migrant:innen aus der Türkei und Kurdistan. Viele von ihnen sind Teil der lohnabhängigen Klasse, stehen unter rassistischem, sozialem und politischen Druck. Unsere Strukturen in Europa sind Teil des proletarischen Internationalismus und arbeiten sowohl in migrantischen Bewegungen als auch mit lokalen revolutionären, antifaschistischen und kommunistischen Kräften zusammen.

**Kannst du uns zum Schluss etwas zur Rolle eurer Frauenstruktur KKB(Komünist Kadınlar Birliđi / Bund Kommunistischer Frauen)<sup>1</sup> im 2. Kongress sagen?**

Die Rolle des Kommunistischen Frauenbundes (KKB) war auf dem 2. Kongress nicht nur präsent, sondern wurde explizit gestärkt. Der KKB hat sein Programm und seine Statuten auf seiner ersten Konferenz ausgearbeitet, und diese wurden nun vom Parteikongress offiziell bestätigt. Das ist ein bedeutender Schritt, der die organisatorische Autonomie des KKB innerhalb der Gesamtstruktur unserer Partei festigt, aber auch seine ideologische Bedeutung unterstreicht.

Der KKB ist Ausdruck unseres Verständnisses, dass der Kampf gegen das Patriarchat integraler Bestandteil des Klassenkampfes ist.

<sup>1</sup> KKB – Programm und Satzung: <https://www.tkpm1.com/programm-und-satzung/>

LIBANON

# «Es ist die Entschlossenheit der Völker, dem Imperialismus entgegenzutreten, welche die Welt verändern wird»

Die Kampagne «Revolutionäre Solidarität mit dem Widerstand gegen Imperialismus und Zionismus!» wurde in Solidarität mit der «Popular Democratic Party» (Volksdemokratische Partei PDP) im Libanon ins Leben gerufen. Es folgt der dritte Teil eines Interviews, das mit dem Generalsekretär Hashisho im September 2023 in Beirut geführt wurde.

**(agkk) Als kommunistische Partei unterstützt ihr den palästinensischen Befreiungskampf. Was ist euer Verständnis dieses Kampfes und in welchem Verhältnis steht er zum Klassenkampf?**

Für die revolutionären kommunistischen Kräfte in der Region ist klar, dass der Kampf für soziale Befreiung, der Klassenkampf, und der Kampf für nationale Befreiung, die Befreiung Palästinas, miteinander verbunden sind. Bis heute trägt die kommunistische Bewegung hier in der arabischen Welt die Bürde eines beschädigten Rufes: Einerseits aufgrund der Anerkennung der zionistischen Entität durch die Sowjetunion im Jahr 1948 und andererseits aufgrund verschiedener Fehler, welche arabische kommunistische Parteien begangen haben, wie z.B. der Widerstand gegen die Einheit Ägyptens und Syriens in den späten 1950er Jahren<sup>1</sup>, die bei den arabischen Massen sehr beliebt war.

Oftmals fehlte es auch an Entschlossenheit und Bestrebungen zum bewaffneten Kampf. Die reaktionäre Propaganda versucht, die Kommunist\_innen von den Massen zu isolieren, indem sie uns als antireligiös abstempelt. Die Religion spielt in unserer Gesellschaft eine wichtige Rolle.

Die zweite Welle der arabischen kommunistischen Bewegung kam nach der Naksa<sup>2</sup>. Der Krieg von 1967 bedeutete eine Niederlage für den Panarabismus und öffnete die Tür für eine arabische revolutionäre Bewegung. In diesen Jahren entstanden überall in der arabischen Welt revolutionäre Projekte, die Volksfront zur Befreiung Palästinas PFLP oder die Arabische Sozialistische Arbeiterpartei im Libanon und viele weitere Parteien und Organisationen wurden gegründet. Die Beteiligung dieser Organisationen am bewaffneten Kampf gegen Besatzung und Imperialismus hat dazu beigetragen, das Vertrauen und den Zuspruch der arabischen Massen zu gewinnen.

Um die Situation in der Region zu analysieren, ist es wichtig zu verstehen, dass die arabische Bourgeoisie schwach ist. Sie hat sich nie zu einer echten nationalen Bourgeoisie entwickelt. Sie schaffte es nicht, die Transfor-

mation der Gesellschaft zu vollenden und koexistiert oder kollaboriert mit den Überbleibseln der feudalen Strukturen. Dieses Bündnis wurde unter dem Einfluss des westlichen Kolonialismus geschlossen. Die arabische Bourgeoisie versagt bei der Entwicklung der lokalen Produktion. Anstatt der nationalen Entwicklung zu dienen, spielt sie eine Verwaltungsrolle für den Imperialismus. Viele Militärputsche in der Geschichte der Region wurden unter antikolonialen Slogans durchgeführt. Statt zur sozialen und wirtschaftlichen Befreiung führten sie lediglich zur Entstehung von Kompradoren-Klassen.

Der revolutionären Linken ist es nicht gelungen, die Führung in den arabischen nationalen Befreiungsbewegungen zu übernehmen. Im Fall des palästinensischen Kampfes hat die Dominanz der rechten Führung zu den Osloer Abkommen geführt. Da wir gleichzeitig mit kolonialer und imperialistischer Unterdrückung und reaktionären Marionettenregimen konfrontiert sind, kommen wir zum Schluss, dass die Kämpfe miteinander verbunden werden müssen. Im Trikont gibt es nicht nur den Klassenkampf. Es gibt einen Kampf für nationale Befreiung gegen Kolonialismus und Imperialismus und wir verstehen den Klassenkampf als Teil des Kampfes für nationale Befreiung. Wir werden niemals eine Veränderung der Gesellschaftsordnung in einem Land der Region erreichen, ohne dass die imperialistische Herrschaft über diese Länder geschwächt oder besiegt wird. Andererseits werden wir den imperialistischen Einfluss niemals loswerden, ohne die Marionettenregime zu bekämpfen. Die Länder der arabischen Welt befinden sich in einer Phase der nationalen Befreiung. Nur mit breiten Bündnissen wird es möglich sein, den Imperialismus zu stürzen. Alle Kräfte, die sich gegen Kolonialismus und Imperialismus stellen, sind mögliche Verbündete. Das ist es, was wir aus den verschiedenen nationalen Befreiungskämpfen weltweit lernen.

**Was sind eure Kriterien für die Bildung von Bündnissen in der Region und wie geht ihr mit Widerständen um?**

All diejenigen, die der Meinung sind, dass der Hauptwiderspruch hier im Libanon die Konfrontation mit dem zionistischen Kolonialismus und dem westlichen Imperialismus ist, haben in diesen Bündnissen eine Rolle zu spielen. Aufgrund unserer Analyse haben wir breite Beziehungen zu antiimperialistischen Kräften aufgebaut. Ein Teil davon sind die islamischen Widerstandskräfte. In all unseren Beziehungen ist es wichtig, dass wir unsere unabhän-

gige Position mit einer klaren marxistisch-leninistischen Identität bewahren. Heute befindet sich die Linke in einer schwachen Position, sowohl weltweit als auch hier in der Region. Die arabische kommunistische Bewegung hat Schwierigkeiten hinsichtlich Verbindungen zu den Massen, aber auch intern. Andererseits haben die antiimperialistischen islamischen Kräfte eine starke Massenbasis. Wir unterhalten Beziehungen zu diesen Organisationen, ohne dass wir dabei unsere organisatorische oder politische Unabhängigkeit aufgeben. Das bringt uns keineswegs in eine schlechte Position.

**Warum seid ihr Masar Badil<sup>3</sup> beigetreten?**

Dieser Entscheid hängt mit den vorherigen Gesprächspunkten zusammen. Wir sind daran interessiert, Verbindungen zu anderen Strukturen aufzubauen, sowohl hier in der Region als auch international. So können wir die revolutionäre und internationalistische Linie im palästinensischen Befreiungskampf und weltweit stärken. In Palästina gibt es interessante Entwicklungen: Wir sehen ein Wiederaufleben des bewaffneten Widerstandes, der von den Massen massiv unterstützt wird, während die Verbindung der grossen palästinensischen Fraktionen zu den Massen sehr schwach ist. Diese Kluft muss durch den revolutionären Ansatz geschlossen werden.<sup>4</sup> Die palästinensische Diaspora und insbesondere die Flüchtlinge in den Flüchtlingslagern innerhalb und ausserhalb Palästinas sind die Hauptbasis des bewaffneten Widerstandes. Das bedeutet nicht, dass keine anderen Klassen beteiligt sind, aber die Flüchtlinge haben ein sehr starkes Interesse am Kampf. Leider ignorieren viele palästinensische Fraktionen die Diaspora und die Lager.

Wir hoffen, dass Masar Badil die palästinensische Diaspora zusammenbringen kann, auch den Teil der palästinensischen Gesellschaft, der sehr weit von der Heimat entfernt ist. Historisch gesehen hat die Diaspora eine enorm wichtige Rolle in der palästinensischen Befreiungsbewegung gespielt: Unterstützung, Spendensammlungen, Solidarität, ... die Diaspora war Teil des Aufbaus der weltweiten Bewegung. Aber nach der Kapitulation von Oslo hat es die palästinensische Linke verpasst, sich konsequent gegen die Verträge zu stellen. Sie hat den Kampf der Flüchtlinge um das Recht auf Rückkehr vernachlässigt und die Forderungen der Diaspora ignoriert.

Wir erhoffen uns, dass Masar Badil einen neuen Boden für die revolutionäre Linke schafft. Bei Masar Badil sehen wir eine gesunde Dynamik ohne Korruption oder Angestelltenmentalität. Wir sehen junge Menschen, die



Mobilisierung der «Popular Democratic Party» PDP

<sup>1</sup> Ägypten und Syrien bildeten von 1958 bis 1961 die panarabische Vereinigte Arabische Republik.

<sup>2</sup> Als Naksa wird die israelische Invasion und Besetzung des palästinensischen Westjordanlandes und des Gazastreifens, der ägyptischen Sinai-Halbinsel und der syrischen Golanhöhen im Juni 1967 bezeichnet.

<sup>3</sup> Masar Badil, die Bewegung des alternativen revolutionären palästinensischen Pfades, wurde 2021 auf Konferenzen in Beirut, Madrid und Sao Paulo gegründet und steht für einen antizionistischen, antiimperialistischen und internationalistischen Ansatz.

<sup>4</sup> In den neuen bewaffneten Gruppen, wie z.B. Lions Den in Nablus, Jenin Battalion, oder Tulkarem Brigades, formieren sich seit einigen Jahren vor allem junge Militante, welche die traditionelle Fraktionierung des palästinensischen Widerstandes überwinden und den bewaffneten Kampf fraktionsübergreifend organisieren.

sich an der politischen Auseinandersetzung beteiligen. Masar Badil zielt darauf ab, den nationalen Befreiungskampf innerhalb der palästinensischen Bewegung zu stärken, indem die Solidaritätsbewegung und die internationalistische Bewegung aufgebaut werden. Innerhalb des Masar Badil haben wir eine Vielfalt von Positionen. Diese kommen unter der Einheit der Unterstützung des bewaffneten Kampfes für die Befreiung Palästinas und des Widerstandes zusammen. Mit unserer Beteiligung an Masar Badil hoffen wir, ein Signal an die politischen Kräfte hier im Libanon zu senden, um den alternativen revolutionären Weg voranzubringen.

#### Wie erklärst du dir den Rückgang der internationalen Unterstützung für die palästinensische Sache, insbesondere von Seiten der europäischen Linken?

Wird der Widerstand stärker, wird auch die Solidarität stärker. Wenn der Widerstand schwächer wird, wird auch die Solidarität schwächer. Oslo hatte einen äusserst negativen Einfluss auf die internationale Solidarität. Der Welt wurde vermittelt, dass sich das palästinensische Volk für Oslo entschieden habe. Dieser Weg der Niederlage führte auch die internationale Solidaritätsbewegung auf einen Weg des Niedergangs. Das palästinensische Volk hat einen hohen Preis für das Desaster von Oslo bezahlt. Heute lehnt das palästinensische Volk Oslo mit lauter und gemeinsamer Stimme ab. Das palästinensische Volk erhebt sich wieder: In der Westbank stellen sich die Massen der Besatzung immer entschlossener entgegen. Der Widerstand nimmt zu und es entstehen neue Formationen des bewaffneten Kampfes. Wir sehen immer mehr Widerstandsaktionen, auch von Einzelpersonen. Und in Gaza haben wir heute eine starke Basis des Widerstandes. Unterdessen haben die Zionist\_innen deutlich gemacht, dass sie ihr Projekt der ethnischen Säuberung weiter vorantreiben und das mit aller Brutalität. In dieser zugespitzten Situation, mit diesem neuen Aufbäumen des kämpfenden palästinensischen Volkes und seines Widerstandes, wird auch die internationale Solidarität wieder stärker.

Wir sehen auch auf regionaler Ebene Entwicklungen, die dem palästinensischen Kampf förderlich sind: die anhaltenden Konfrontation mit dem Imperialismus, der Aufschwung des bewaffneten Widerstandes auf regionaler Ebene, die erfolglosen imperialistischen Aggressionen gegen Syrien und die Niederlage des faschistischen

IS-Projekts. Aber auch auf globaler Ebene sehen wir eine Machtverschiebung und eine Verschärfung der Konfrontation zwischen den imperialistischen Grossmächten. All diese Entwicklungen schaffen neue Grundlagen für den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes.

#### Die globale Dynamik verändert sich derzeit und tendiert zu einer zunehmend multipolaren Welt. Wie wird sich das auf die Strategie für die Befreiung Palästinas auswirken?

Die Welt verändert sich und wir sehen Verschiebungen zwischen den dominanten globalen Mächten. Diese Dynamik eröffnet Chancen zur Veränderung der Weltordnung. Wir verstehen die absolute Hegemonie der USA seit dem Untergang der Sowjetunion bis heute als Hauptwiderspruch auf globaler Ebene. Aber wir sollten uns keine Illusionen machen: Russland und China sind nicht mehr die Sowjetunion und das China von Mao. Es sind kapitalistische Staaten, die mit der US-amerikanischen Hegemonie im Konflikt stehen und immer offener um eine bessere Position in der Weltordnung ringen. Diese veränderte Situation bringt neue Möglichkeiten mit sich und der Wandel von einer einseitig dominierten Weltordnung zu einer multipolaren Welt eröffnet Räume für die Befreiungskämpfe der Völker. Die Veränderungen, die in Lateinamerika, in Afrika und in unserer Region stattfinden, wo wir heute eine starke Achse des Widerstandes sehen, die dem amerikanischen Imperialismus, der zionistischen Besatzung und den arabischen Marionettenregimen entgegensteht.

Letztendlich liegt es aber an den Massen, sich zu mobilisieren und voranzuschreiten. Denn die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Massen, wenn sie sich mobilisieren, Staatsstürche und imperialistische Destabilisierungsversuche vereiteln können. Es ist die Entschlossenheit der Völker, dem Imperialismus entgegenzutreten, welche die Welt verändern wird.

#### Der Verrat von Oslo

Nach dem jahrelangen, grossen Aufstand der palästinensischen Volksmassen während der Ersten Intifada führte der sogenannte «Friedensprozess» von Oslo ab 1993 zu einer Reihe von Abkommen zwischen der PLO-Führung und der zionistischen Besatzung. Die geheimen Verhandlungen fanden unter Führung der USA, der wichtigsten imperialistischen Schutzmacht des zionistischen Siedlerkolonialismus, statt und wurden als angeblicher Meilenstein für Frieden durch eine Zwei-Staaten-Lösung verkauft. Die PLO-Führung handelte dabei auf eigene Faust und opferte durch die Anerkennung des zionistischen Staates eine lange Geschichte des Widerstandes - ohne dafür eine nennenswerte Gegenleistung zu erhalten. Heute sehen wir die verheerenden Folgen dieses Verrats: «Die Marionettenbehörde von Oslo [Palästinensische Autonomiebehörde] unterstützt das zionistische Kolonialprojekt; das ist ihr Daseinszweck. Sie ist die Speerspitze der Besatzung und ein wirksames Mittel, um den Erfolg des zionistischen Projekts zu sichern. Sie ist verantwortlich für die Verschlimmerung der Verbrechen der zionistischen Besatzung, nicht nur wegen ihrer vollen Partnerschaft beim Töten, Foltern und Verhaften, und nicht nur wegen ihrer Rolle bei der Verhinderung von Widerstandsoperationen und dem Auslösen von Widerstand, bevor er voll erblühen kann, sondern auch wegen ihres grössten politischen und historischen Verbrechens – das in Wirklichkeit darin besteht, das revolutionäre Bewusstsein des palästinensischen Volkes niederzuschlagen und darauf abzielen, die Kultur des Widerstandes und des Kampfes durch eine Kultur der Unterordnung und Unterwerfung unter den Willen des zionistischen Regimes, der globalen imperialistischen Mächte und ihrer Gefolgsleute in den arabischen reaktionären Regimen zu ersetzen.» (Aus: Masar Badil; Unsere Position: Sturz der Marionettenbehörde von Oslo und Aufbau einer revolutionären palästinensischen Alternative. [masarbadil.org/de/2021/07/1354](http://masarbadil.org/de/2021/07/1354))

## Im Bild

Am 16. Oktober 1970 richteten sich die Augen der Weltöffentlichkeit auf Ghassan Kanafani. Nach Monaten intensiver Kämpfe gegen die reaktionäre Monarchie in Jordanien - bis heute treue Ergebene des US-Imperialismus und Kollaborateurin mit dem zionistischen Siedlerkolonialismus - gab der Sprecher der Volksfront zur Befreiung Palästinas PFLP dem palästinensischen Befreiungskampf im Interview mit dem australischen TV-Sender ABC eine Stimme. Mit grosser Klarheit teilt er der Welt mit, was das palästinensische Volk in den Kämpfen gewonnen hat: «Dass wir eine Sache haben, für die wir kämpfen können. Das ist sehr viel. Dieses Volk, das palästinensische Volk, stirbt lieber stehend, als dass es seine Sache verliert. Wir haben bewiesen, dass der König (von Jordanien) im Unrecht ist. Wir haben bewiesen, dass dieses Volk bis zum Sieg weiterkämpfen wird. Wir haben bewiesen, dass unser Volk niemals besiegt werden kann. Wir haben es geschafft, jedem einzelnen Menschen auf der Welt zu zeigen, dass wir ein kleines, mutiges Volk sind, das bis zum letzten Blutstropfen kämpfen wird, um uns Gerechtigkeit zu verschaffen, nachdem die Welt versagt hat, sie uns zu geben. Das ist es, was wir erreicht haben.» Konsequenter konfrontierte er die imperialistischen Narrative und entlarvte ihre Lächerlichkeit und Heuchelei der Forderung nach «Verhandlungen», welche westliche Medien und Politik bis heute stets gegen den Widerstand der unterdrückten Völker ins Feld führen. «Ich habe nie ein Gespräch zwischen einem Kolonialisten und einer nationalen Befreiungsbewegung gesehen. [...] Das ist eine Art Gespräch zwischen dem Schwert und dem Nacken.» Die Geschichte beweist Kanafanis Worte bis heute immer wieder aufs Neue. Das Fernsehinterview mit dem palästinensischen Revolutionär ist ein Zeitdokument aus dem Höhepunkt der palästinensischen Revolution, die der internationalistischen, anti-imperialistischen revolutionären Bewegung bis heute viele Anknüpfungspunkte und Inspiration bietet. Ghassan Kanafani wurde 1972 zusammen mit seiner Nichte durch einen Bombenanschlag des Mossad in Beirut getötet. Er war Revolutionär, Internationalist, Schriftsteller, Journalist, Redakteur und Künstler - ein Marxist, dessen Arbeit und Denken insbesondere einem westlichen Publikum bis heute nur in Fragmenten zugänglich ist und viel zu wenig Beachtung findet. Um so erfreulicher, dass vor wenigen Monaten bei Pluto Press mit Ghassan Kanfani - Selected Political Writings erstmals auf Englisch eine Sammlung mit politischen Schriften des berühmten palästinensischen Autors erschien.

Das ganze Fernsehinterview mit Ghassan Kanafani findest du online auf [Abc.net.au](http://Abc.net.au).



POST

# Den gelben Riesen in die Knie zwingen – Betriebskampf statt Sozialpartnerschaft



Solidarität in den Quartieren – Protestkleber an hunderten von Briefkästen

**Inmitten des Festverkehrs im November 2024 hat die Belegschaft der Post-Paketzustellstelle in Zürich-Oerlikon den Kampf gegen einen der grössten Arbeitgeber in der Schweiz aufgenommen. Ein Beispiel von Gegenmacht im Betrieb, kämpferischen Funktionär\_innen und Solidaritätsarbeit, das Schule machen sollte.**

(az) Die Symbolik könnte nicht besser gewählt sein. Am Blackfriday letzten Jahres haben die Post-Paketzusteller\_innen in Zürich-Nord ihren schon mehrere Monate andauernden Betriebskampf mit einer offensiven Aktion auf ein neues Niveau gehoben. Der Blackfriday, der seinen Ursprung in einem vorweihnachtlichen Masseneinkauf am Freitag nach Thanksgiving in den 1950er-Jahren in Philadelphia hat, endete im Chaos. Damals waren es polizeiliche Überstunden der Repressionskräfte, die diesem jährlichen Massenandrang den Begriff «schwarzer Freitag» verliehen. Heute birgt der Blackfriday keine ordnungspolitische Gefahr mehr – umso mehr ruft der Onlineversandhandel jährlich mit diesem Marketingschlachtruf zur Rabattschlacht auf. Dafür ist das Chaos an Überstunden bei anderen gestiegen – so markiert dieser Tag für die Paketzusteller\_innen schon seit vielen Jahren den Auftakt zur stressigsten Arbeitsperiode des Jahres.

## 42 Stunden sind genug

Von einer Standortleitung, die in der Paketzustellung in Zürich-Oerlikon schon während des Normalbetriebs systematische Überschreitungen der Wochenarbeitszeit zur Regel macht war zu erwarten, dass sie den Arbeitszeiten in der Vorweihnachtszeit keine Grenzen mehr setzt. Und so bereitete die Belegschaft auf den Blackfriday eine von der Gewerkschaft Syndicom unterstützte Aktion vor. In einer kurzen Protestpause überzeugten kämpferische Teile der Belegschaft problemlos über 60 Kolleg\_innen eine Petition mit offensiven Forderungen zu unterschreiben. Und schon da zeichnete sich ab, dass dieser Betriebskampf eben zum Kampf werden würde. So verbot die regionale Leitung diese Aktion kurzfristig. Die Belegschaft ignorierte nicht nur das, sondern übergab die Petition auch noch kollektiv der widerwilligen Standortleitung. Die Forderungen waren klar: Die Einhaltung der Wochenarbeitszeit von 42 Stunden, Strafzahlungen von 20 Franken pro Stunde bis Ende 2024 für jede Stunde Überzeit, eine Reorganisation der Zustellbezirke unter Miteinbezug der Belegschaft und der Gewerkschaft und eine regelmässige Aushändigung der Arbeitszeitrapporte, um dies überprüfen zu können. Es sind Forderungen, die sich auf den GAV der Schweizerischen Post berufen, der eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 42 Stunden garantiert. Schnell wurde in der Auseinandersetzung klar, was schon alle im Alltag erleben – nämlich, dass die Leitung schon gar nicht mit 42 Stunden plant, sondern mit der gesetzlichen Höchstleistungszeit von 50 Stunden. Was für ein selbstbewusstes Auftreten der Betriebsgruppe aber auch wichtig war: Sie wusste genau, dass es mehrfach Überschreitungen sogar der 50 Wochenarbeitsstunden gegeben hat und dass es zu Manipulationen gekommen ist, diese zu vertuschen. Was sich an diesem Tag als Offensive gegen die Leitung durchgeschlagen hat, ist aber nicht vom Himmel gefallen. In der Belegschaft herrscht ein breites Verständnis darüber, dass die prekären Arbeitsverhältnisse ein Resultat der Konkurrenzlogik unter den Paketdienstleistern ist und auch Konkurrenzfirmen ihre Belegschaften auspressen. Dazu gelang es einem kämpferischen Teil selbstorganisierte Strukturen im Betrieb auf-

zubauen und ein kollektives Selbstverständnis in der Belegschaft zu schaffen, dass diese prekären Verhältnisse nur durch kollektive Aktionen veränderbar sind. Der Aufbau von betrieblicher Gegenmacht entsteht durch Kontinuität von kleinen Alltagskämpfen und dem zunehmenden Bewusstsein, dass mit Sozialpartnerschaft keine Forderungen durchzusetzen sind.

## Die kämpferische Paketzustellstelle Oerlikon

Und doch bleibt die Frage, weshalb es gerade dort gelungen ist, offensive klassenkämpferische Schritte zu gehen – in einem Land, das durch sozialpartnerschaftliche Friedenspflicht so wenig an proletarischer Selbstorganisation erweckt. Der Standort Oerlikon verfügt seit Jahren über eine kämpferische, gut organisierte und vernetzte Betriebsgruppe und kann auch schon auf erfolgreiche Arbeitskämpfe zurückblicken. Schon die Coronazeit konnte die Betriebsgruppe so für den Aufbau von Gegenmacht nutzen, dass in der Belegschaft ein Selbstbewusstsein darüber gestärkt wurde, dass sie über betriebliche Prozesse bestimmen. Natürlich wollte die Standortleitung das damals explosionsartige Wachstum der Paketmengen für eine Auslagerung an Subunternehmen nutzen, um damit die GAV-Bestimmungen zu umgehen. Die Belegschaft hatte aber durch kollektive Aktionen einen Auslagerungsstopp verhängt und damit die Leitung in die Schranken gewiesen. Entsprechend musste die Leitung in Oerlikon neue Wege finden, um die Arbeitsbedingungen zu drücken. Nach einer durch McKinsey angestossenen Umstrukturierung und der Einsetzung einer neuen Leitung wurden 2024 alle schon ausgelagerten Touren wieder in die eigene Organisation zurück integriert. Dafür wurden in den zwei Zustellstellen des Distributionsgebietes Oerlikon in mehreren Briefzustellteams Touren gestrichen. Die Brief Touren sind seither an der oberen Grenze des zeitlichen Aufwandes und verfügen über keine Kapazitäten mehr allfällige Mehrmengen zu schlucken. Praktisch gleichzeitig drängte der chinesische Onlinemarkt mit TEMU, Shein und Alibaba auf den europäischen Markt. Das Resultat war, dass plötzlich mehrere hundert zusätzliche Sendungen in das tägliche Zustellvolumen dazugekommen sind. Vom Postprozess in der Schweiz eigentlich für die Briefzustellung vorgesehen, entschied sich die Leitung in Oerlikon diese Sendungen in die Paketzustellung zu geben. Den Mehraufwand tragen seither die Paketbot\_innen in Oerlikon auf ihren Schultern. Waren die Arbeitsbedingungen schon zuvor an ihren Grenzen, ist sie seit nunmehr über 18 Monate komplett über der Zumutbarkeit. Verantwortlich dafür sind die dadurch zu grossen Touren, ein chronischer Personalmangel und eine generell schlechte Betriebsorganisation. Durch diese Ausgangslage ist die Betriebsgruppe zusammen mit der Gewerkschaft Syndicom erneut aktiv geworden. Seit Herbst 2023 erhöhten sich die Meldungen der Bot\_innen wegen hoher Arbeitsbelastung, worauf sie eine Umfrage zur Arbeitsbelastung lancierte und diese danach als Petition einreichte, welcher innerhalb von 24 Stunden 60 Paketbot\_innen zugestimmt hatten. Trotz vernichtendem Urteil zu den Arbeitsbedingungen reagierte weder die Standort- noch die Regionalleitung auf diese Petition.

## Gegenangriff des Managements

Nach der Protestpause am Blackfriday wurde klar, dass dieser offensive Schritt der Belegschaft die lokale Leitung verunsichert und unter Druck gesetzt hatte. Richtig in die Gänge kam sie aber erst, nachdem mit einem Artikel in der

Zeitung 20 Minuten auch durch Öffentlichkeit Druck erzeugt wurde und die nationale Leitung eingriff. Während die Belegschaft auf einen Verhandlungstermin drängte, ging die lokale Leitung aus Angst vor einem Streik ihrerseits in einen Gegenangriff inmitten des Festverkehrs. Sie setzte gezielten Druck auf die aktivsten der Betriebsgruppe auf, drohte und beleidigte. Aber sie suchte auch Wege, die Vorwürfe und das Narrativ umzudrehen. Zum einen erklärte sie, dass nicht die Mengen oder die Betriebsorganisation zur Arbeitsbelastung führe, sondern die fehlende Einstellung und der Unwille eines grossen Teils der Belegschaft zur produktiven Arbeit. Um die Kontrolle wieder zu bekommen, setzte die Leitung in der betrieblichen Hierarchie die Teamleiter stark unter Druck. Sie sollten Bot\_innen ihrerseits unter Druck setzen und einschüchtern, die in ihrem Verständnis als Low-Performer gelten. Und von sämtlichen Teamleitern wurde unter Änderungskündigungsandrohung verlangt, dass sie sich schriftlich zum von der Leitung eingeschlagenen Weg verpflichten. Diese Spaltung der Belegschaft ist schlussendlich gelungen, so dass auch Teamleiter, die eigentlich kritisch waren, sich auf die andere Seite bewegten. Den Druck von der nationalen Leitung gab die lokale Leitung also im ersten Schritt direkt auf die Teamleiter und Bot\_innen weiter in der Hoffnung mit einem möglichst autoritären Kurs den Widerstand einzuschüchtern.

## Verhandlung und ihre Grenzen

Um aus der Defensive zu kommen, setzte die Leitung natürlich auf Verzögerungstaktiken. Entsprechend wichtig war es für die Betriebsgruppe, auch zeitlich Druck zu machen, damit sie die Initiative behalten konnte. Mitte Januar wurde schliesslich ein Verhandlungstermin mit der nationalen und regionalen Postleitung für Ende Januar 2025 vereinbart. Und um im Verhandlungssetting nicht in die Falle zu geraten, dass sich die Kampfdynamik weg vom Rest der Belegschaft bewegt, setzte die Belegschaft durch, dass neben der Gewerkschaft Syndicom auch eine Delegation des Betriebs an die Verhandlung zugelassen wird – auch ein Teilerfolg, da dies nicht der Regel entspricht. An der Betriebsversammlung wenige Tage zuvor wurde nochmals beschlossen an den Forderungen festzuhalten und wegen der Verzögerungstaktik der Postleitung bei der Terminfindung die Forderung für die Strafzahlungen bis zur Umsetzung der Reorganisation zu verlängern. Zudem wurde dort auch beschlossen den Rest der Belegschaft vor das Verhandlungszimmer zu mobilisieren. In einer Umfrage unter der Belegschaft haben trotz repressivem Klima 68 Bot\_innen die Forderungen unterschrieben, was zwei Drittel der ganzen Belegschaft entspricht. Das Resultat der 5.5-stündigen Verhandlungsrunde ist aus der Sicht der Delegation dann nicht ganz unerwartet ernüchternd ausgefallen. Obwohl eine Vielzahl der Missstände und Verstösse von der Delegation aufgezählt wurde und obwohl viele der Mobilisierung vor das Verhandlungszimmer gefolgt waren, blieb am Schluss die Aussage des Managements hängen, dass es allen Vorwürfen an Beweisen fehle und dass somit keine Verstösse gegen das Gesetz oder den GAV vorlägen. Ein schwaches Angebot der Post wurde an der folgenden Betriebsversammlung abgelehnt und der Beschluss für das konsequente Beharren auf den Forderungen gefestigt. Im weiteren Verlauf wurden die Arbeitszeitrapporte individuell aber koordiniert eingefordert, um auf einem parallelen Weg an Beweise für die Verstösse zu gelangen. Auf dieses für schweizerische Verhältnisse ungewohnt selbstbewusste Beharren und Zuspitzen der Forderungen der Belegschaft antwortete das Management schliesslich mit einem weiteren eskalierenden Schritt. Mit einem Hausverbot für die zwei zuständigen Gewerkschaftssekretär\_innen, versucht sie momentan die Belegschaft einzuschüchtern und auch im Gewerkschaftsapparat eine Spaltung zu erwirken – unterstützten diese zwei Sekretär\_innen doch den eingeschlagenen Kurs der Belegschaft kompromisslos. Auch auf diesen Angriff folgte eine kollektive Antwort in Form einer weiteren Protestpause Mitte März mit der Unterstützung von solidarischen Kräften ausserhalb des Betriebs. Bisher blicken wir auf einen aussergewöhnlich entschlossenen Betriebskampf, bei dem es der Betriebsgruppe gelungen ist der Gegenseite immer zwei Schritte voraus zu sein und die gezielt die richtigen Konfrontationen eingegangen ist, um sich gegen den Zumutungen der Ausbeutung entgegenzustellen. Der gelbe Riese wankt, weil plötzlich mit der Sozialpartnerschaft gebrochen und auf die eigenen Stärken vertraut wird – dem Kollektiv und der Solidarität.

## KOMMENTAR

Der Arbeitskampf bei der Post fällt sichtlich aus dem gewerkschaftspolitischen Rahmen. Selten gelingt es in einem so heterogenen Betrieb wie dem Post-Zentrum in Oerlikon einen kämpferischen Kern aufzubauen. Und noch seltener gelingt es einer ganzen Belegschaft, sich zu einer solchen Entschlossenheit und Selbstbewusstsein durchzuringen, in die betriebliche Offensive zu gehen. Natürlich sind die Arbeitsbedingungen widrig. Aber es braucht immer dieses subjektive Moment, das die zentrale Frage für eine klassenkämpferische Politik heute in der Schweiz darstellt. Weshalb und wie gelingt es Arbeiter\_innen – zumindest punktuell – aus der sozialpartnerschaftlichen Narkose aufzuwachen? Das Hauptmoment bleibt wohl meist nicht zu beeinflussen – es braucht in der Belegschaft die richtigen Leute mit den richtigen Fähigkeiten im richtigen Moment.

Andere Momente sind uns näher. So braucht es – wenn sich denn eine solche Dynamik aus einer Belegschaft heraus entwickelt – auch die richtigen Gewerkschafts-Funktionär\_innen. Ist es doch sonst gerade auch der Gewerkschaftsapparat, der keine andere Politik als Sozialpartnerschaft kennt oder kennen will. Es braucht diese anderen kämpferische und konfrontativen Funktionär\_innen, die mit der Narkose-Tradition brechen wollen und vor allem aber auch das Rüstzeug dafür haben, mit Belegschaften zusammen Kämpfe zu führen. Im Fall der Post dürfte der aktuellste Repressionsschlag der Manager – das Hausverbot gegen die Funktionär\_innen der Syndicom – für sich sprechen. Die Post-Manager sind sich nicht gewohnt, dass von der Syndicom wirklich eine Gefahr ausgeht, und mit dem Angriff auf die Funktionär\_innen wollen sie innerhalb der Syndicom eine Spaltung erzeugen zwischen den Sozialpartner\_innen, die gerne mit Bossen am Verhandlungstisch sitzen und sich im gleichen Boot wähen, und den Kämpferischen, die sich am Aufbau von Gegenmacht bei den Belegschaften orientieren.

Ein weiteres Moment, das diesen Arbeitskampf prägt ist die kontinuierliche Solidaritätsarbeit «von aussen» durch revolutionäre Kräfte. Dabei ist im März mit einer Kleber-Kampagne an Briefkästen nicht nur gelungen, dass sich die Empfänger\_innen von Postpaketen solidarisieren können. Die Aktion stiess eine Medienberichterstattung an, die den Arbeitskampf plötzlich in verschiedenen Kantonen bis hin ins Welschland bekannt gemacht hat. Zwar haben wir schon beim Arbeitskampf der Zeitungsverteiler\_innen der Presto im vorherigen Jahr – und beim Vorgängerbetrieb vor über 15 Jahren auch schon – mit diesem Mittel gearbeitet. Bei diesem Arbeitskampf bei der Post hat aber die Resonanz in Form von tatsächlichen Klebern auf Briefkästen und die Wirkung auf die Öffentlichkeit nochmals eine andere Qualität erreicht. Das wird die Gegenseite nicht ohne weiteres ignorieren können. Diese Aktionsform ist aber auch aus kommunistischer Perspektive ein Novum, weil sie uns einen seltenen Einblick gibt darin, wie stark so etwas wie alltägliche Klassensolidarität verbreitet ist.

## POLITISCHE ÖKONOMIE

# Überausbeutung – trifft es das, was wir sagen wollen?

**Bürgerliche Identitätspolitik kommt an seine Grenzen. Und auf der Suche nach materialistischen Erklärungen für Diskriminierung wird in klassenkämpferischen Bewegungen der Begriff der Überausbeutung immer populärer. Doch drückt er das aus, was wir als Materialist\_innen wirklich wollen?**

(gpw/az) Der Begriff «Ausbeutung» ist eine zentrale Kategorie der marxistischen Analyse der kapitalistischen Produktionsweise. Denn mit ihm gelingt es das, was Proletarier\_innen täglich erleben, als ein ökonomisches Verhältnis zu beschreiben, bei dem Mehrwert angeeignet wird. Dabei ist Mehrwert eben der Teil der Arbeit, den Kapitalist\_innen den Arbeiter\_innen nicht bezahlen und für sich einheimsen. Ausgebeutet wird daher, wer Mehrwert generiert. Und wer mehr Mehrwert generiert wird stärker ausgebeutet. Erst dieser Blick auf ökonomische Verhältnisse erlaubt es Marxist\_innen in der Folge das, was wir als Zumutungen des Kapitalismus erleben und uns empört, materialistisch zu fassen. Und unsere Annahme ist, dass gerade dieses wissenschaftliche und materialistische Fundament auch für Linke attraktiv geworden ist, die der Beliebtheit postmoderner Meinungen wieder eine strukturalistische Begründung entgegensetzen wollen. Und das ist gerade bei solchen gesellschaftlichen Phänomenen notwendig, bei denen die Betroffenen von Diskriminierung am stärksten leiden, und aber auch dort, wo sich diese Betroffenen zu Subjekten der Selbstermächtigung erheben. Es ist also nötig den stärker werdenden Widerstand gegen Diskriminierung aus dem Korsett idealistischer Identitätspolitik zu befreien und zu einem Teil des allgemeinen Klassenkampfes zu machen. Aber die Krux ist dabei, dass schlechtere Arbeitsbedingungen und Löhne nicht primär Ausdruck von Überausbeutung sind.

## Überausbeutung trifft es nur halb

Offensichtlich ist, dass Frauen und Migrant\_innen durch strukturelle Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind – sie haben schlechtere Arbeitsbedingungen und Löhne als Männer und Nicht-Migrant\_innen. Mit dem Materialismus im Köcher können wir auch sagen, dass dies kein Zufall ist, sondern dem Kapital dient, mehr Mehrwert aus diesen Arbeitskräften zu pressen als aus den vergleichbaren Männern und Nicht-Migrant\_innen. Und hier so denken wir fließt in linken Debatten der Begriff der Überausbeutung ein. Wir denken aber, dass der Begriff der Überausbeutung – wenn er sich auf Frauen und Migrant\_innen hier in den Metropolen bezieht – zwar formell stimmt, aber für eine andere Begründung dienen soll.

Ausbeutung beschreibt nämlich das Verhältnis von unbezahlter zur bezahlten Arbeit. Und diese Ausbeutung ist bei einer Entwicklerin bei Alphabet, die am Suchalgorithmus für Google arbeitet, in der Regel viel höher als bei einem Tellerwäscher. Die Entwicklerin wird also – entgegen dem umgangssprachlichen Empfinden – stärker ausgebeutet als der Tellerwäscher, auch wenn der Lebensstandard der Entwicklerin – mit Loft im Zürcher Seefeld – viel lebenswerter ist.

Überausbeutung bedeutet entsprechend nur, dass die Arbeitskraft unter ihrem Wert gekauft wird, was die Erhöhung des Mehrwerts ermöglicht. Das kann der Algorithmus Entwicklerin genau so passieren wie dem Tellerwäscher. Die Erste kann damit wohl immer noch

ziemlich gut leben, während die Arbeits- und Lebensbedingungen des Zweiten unaushaltbar prekär werden.

Es stimmt also zwar, dass Frauen und Migrant\_innen überausbeutet werden. Aber eine viel stärkere Ausbeutung passiert in der Regel bei hoch qualifizierten Arbeitskräften. Auch hier mag das Kapital vielleicht besonders an migrantischen Fachkräften interessiert sein, weil diese auf diesem hohen Niveau noch etwas mehr ausgebeutet werden können. Aber damit erklärt uns Überausbeutung nicht das, worauf die Kritik der Diskriminierung hinaus will. Wenn wir den Kapitalismus als patriarchal und rassistisch kritisieren, dann deshalb, weil Frauen und Migrant\_innen im allgemeinen stärker von Armut, schlechten Löhnen und Arbeit betroffen sind. Das bedeutet aber letztlich, dass das Kapital in den Metropolen weniger an ihnen als auszubeutende Arbeitskraft interessiert ist, weil in der Tendenz aus ihrer Arbeitskraft auch weniger Mehrwert ausgepresst werden kann. Vielmehr müsste die Frage gestellt werden, weshalb das Kapital gar nicht daran interessiert ist, Frauen und Migrant\_innen auf hohem Niveau (über-)auszubeuten, sondern sich damit begnügt, ihnen keinen Zugang zu Arbeit mit guten Löhnen und Arbeitsbedingungen – oder eben zu stärkerer Ausbeutung – zu gewähren.

## Ausbeutung aus der Perspektive des Kapitals ...

Die Kritik der Überausbeutung bleibt also auf dem halben Wege stehen, weil vielleicht auch nur das halbe Potential des Ausbeutungsbegriff von Marx diskutiert wird. Denn mit dem Fokus auf Mehrwert – als Ergebnis von Ausbeutung – kann zusätzlich erklärt werden, was den Kapitalismus fundamental antreibt, nämlich die Kapitalakkumulation. Wenn wir so wollen, nehmen Marx und Engels damit etwas wissenschaftliche Distanz zur erlebten Erniedrigung von Arbeitskräften und fragen sich aus der Optik des Kapitals, wo es denn zu mehr Mehrwert kommt. Und damit kommen sie zu Schlüssen, die uns zynisch erscheinen mögen, weil sie nicht unserem proletarischem moralischem Verständnis entsprechen. Während wir alltagsprachlich unter Ausbeutung eher an harte, schlecht bezahlte und körperliche Arbeit denken, sind es aus Kapitalperspektive hoch qualifizierte Arbeitskräfte in komplizierter Arbeit, die mehr Mehrwert generieren und damit stärker ausgebeutet werden. Für Marxist\_innen ist diese Perspektive auf das Kapital aber wichtig, weil wir damit untersuchen können, weshalb der Kapitalismus immer wieder in Krisen gerät, wo er nach Mehrwert sucht und welche Arbeitskräfte ihm deshalb auch am wichtigsten und schützenswertesten sind – es sind eben die hoch qualifizierten privilegierten Arbeitskräfte.

## ... und aus unserer Perspektive

Der Ausbeutungsbegriff ist also nicht nur eine materialistische Erklärung für unsere Alltagszumutungen, sondern erlaubt es zusätzlich, die Kapitalakkumulation als eigentlichen Zweck des Kapitalismus zu verstehen. Das eröffnet die Perspektive zu seiner Überwindung. Der Begriff «Überausbeutung» könnte so dazu verleiten, nur diese zu bekämpfen und an eine «normale» Ausbeutung angleichen zu wollen. Damit würden dem Ausbeutungsbegriff die Zähne gezogen. Schliesslich ist es hauptsächlich diese, die «die Springquellen allen Reichtums untergräbt: den Arbeiter und die Erde» (Das Kapital I, S. 530).

## VERANSTALTUNG MIT AGNES KHOO

### Frauen im anticolonialen und antifaschistischen Widerstand in Südostasien

Samstag, 17. Mai 2025, 19 Uhr, Volkshaus Zürich

Agnes Khoo, Internationalistin und Antikriegs-Aktivistin, berichtet vom damaligen Unabhängigkeitskampf in Malaya (Thailand, Malaysia und Singapur), d.h. zum Kampf gegen japanischen Faschismus und britischen Kolonialismus. Dazu hat sie die Stimmen von Guerilla-Kämpferinnen der Kommunistischen Partei Malaya im Dschungel der malaiischen Grenzgebiete eingeholt. Sie berichtet uns von Frauen, die gegen Krieg, für ihre eigene



Die Guerilla-Kämpferin Xiu Zhu 1989

Unabhängigkeit und über mehr als 50 Jahre mit der Waffe in der Hand für eine kommunistische Perspektive gekämpft haben.

Und Heute? Im Gegensatz zu damals befinden wir uns in einer historischen Phase, in der weltweit die revolutionären Kräfte geschwächt sind. Die Neuaufteilung der Welt unter die imperialistischen Mächte USA, China, Russland und Europa ist in vollem Gange. Wird Südostasien der nächste Hotspot im globalen Kriegsgeschehen? Wir sind gespannt, die Anti-Kriegs-Aktivistin aus ihrer südostasiatischen und chinesischen Sicht zu befragen.

DIE ERMORDUNG VON PATRICE LUMUMBA

# Jazz im Dienste des Imperiums

Der Dokumentarfilm «Soundtrack to a Coup d'État» verwebt Archivmaterialien über die Geschichte der Demokratischen Republik Kongo, der CIA, der belgischen Kolonialmacht, insbesondere der «Union Minère», der UNO und der Kunst zu einem wilden und verstörenden Flickenteppich imperialistischer Machtpolitik.

(az) 1960, im so genannten Jahr von Afrika, als 16 kolonisierte afrikanische Länder die Unabhängigkeit erlangten, war das Vertrauen in die UNO noch gross. Malcom X beispielsweise feierte, dass jedes zusätzliche, unabhängige Land eine zusätzliche Stimme innerhalb der UNO sei. Die Dominanz der Kolonialmächte in der Generalversammlung versprach zu kippen und insbesondere die beiden Antagonisten USA und Sowjetunion buhlten um die Loyalität der neuen Nationen. Oder sie erzwangen sie mit Gewalt und Intrigen, wie das Beispiel Kongo zeigt.

Der Dokumentarfilm «Soundtrack to a Coup d'État» katapultiert uns zu Musik von Max Roach und Abbey Lincoln mitten in eine Mobilisierung afroamerikanischer Künstler\_innen an die UNO-Generalversammlung, wo diese gegen die Entführung und Ermordung des Präsidenten der jungen Demokratischen Republik Kongo, Patrice Lumumba, protestieren werden. Mit dem Aufruhr an der Versammlung endet der Film auch und die UNO, ihre unrühmliche Rolle in der Entstehung der Demokratischen Republik Kongo, bildet so die Klammer der Erzählung. Der Film ist dadurch auch eine Beschreibung der verlorenen Illusionen gegenüber dieser supranationalen Instanz, die offiziell geschaffen worden war, um den Weltfrieden zu ermöglichen.

Der Staatsstreich gegen den Kongo ist das Herzstück des Films, die Geschichte, um die sich der Film drehen wird, doch nähern wir uns auf Umwegen und langsam, beispielsweise über ein Interview mit einem mordenden Söldner oder mit dem CIA-Direktor Allen Dulles und immer wieder mit Jazz.

Der Begriff «Soundtrack» im Titel ist nicht irreführend. Der Sound, in diesem Falle der Jazz berühmter afroamerikanischer Künstler\_innen, ist stetiger Rhythmus und Teil des Inhalts des Films. Meisterhaft verwebt er verschiedene Ebenen des Kalten Kriegs, dies tut er fast ausschliesslich mit Archivmaterial und verlangt vom Publikum Aufmerksamkeit ab: hinschauen, mitlesen und mitdenken sind Gebot, denn es gibt keine Off-Stimme, die uns an die Hand nimmt und durch den Film begleitet. Auf allen Sinnesebenen prasseln Informationen auf uns ein, Bilder, Texte und Musik erzeugen eine hektische Stimmung, in der das Folgen erschwert und anspruchsvoll ist. Bestimmt hat der Regisseur Johan Grimonprez das so auch beabsichtigt, als sinnbildliche Inszenierung der Unübersichtlichkeit und Verwirrung der Zeit. Lumumba war im Mai 1960 gewählt und im Januar 1961 ermordet worden, in der Zeit dazwi-



In Brüssel für Konferenzen. Patrice Lumumba feiert im Januar 1960 seine Entlassung aus dem Knast. Damals gab es Anlass zur Freude und Optimismus

schen wurde das Schicksal des Kongos besiegelt. Die Geschichte ist kurz, doch intensiv.

## Der «coole» Krieg im Kalten Krieg

Der Sound ist neben den zu erwartenden Machenschaften der Geheimdienste und Diplomaten eine wichtige und zielgerichtete Strategie der CIA, allerdings deren sanfte Seite. Der «coole» Teil des Kalten Krieges, wie es Dizzy Gillespie ausdrückte, oder die New York Times «America's secret weapon is a blue note in a minor key». So wurden kulturelle Botschafter in die Welt geschickt, allen voran Louis Armstrong als bekanntester unter ihnen, um die Freiheit der «freien Welt» auf der Bühne zu verkörpern und vom amerikanischen Traum zu überzeugen. So trat Armstrong im Oktober 1960 in Leopoldville, dem heutigen Kinshasa auf, nur vier Monate nach der Unabhängigkeit. Später schickte ihn das US-Aussenministerium ins abtrünnige Katanga, die rohstoffreichste Provinz des Kongos, wo Moïse Tshombe, der Marionetten-Premier der imperialistischen Mächte und der belgischen «Union Minère» an der Macht war. Es scheint, dass Armstrong nicht ganz so willig mitspielte und sich mit Tshombe aus politischen Gründen verstritt.

Dies zeigt die zwiespältige oder unberechenbare Seite der kulturellen Einflussnahme, denn ironischer- oder dramatischerweise erwartete die CIA ausgerechnet von den afroamerikanischen Künstler\_innen, dass sie für die USA missionieren. Dies in den 50er und 60er Jahren, also noch vor und während der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, als besagte afroamerikanische Künstler\_innen in den USA selbst noch ganz offiziell diskriminiert wurden. Entsprechend widersetzten sich diese Künstler\_innen ab und zu der Instrumentalisierung, was der Einstieg über den Protest vor der UNO in New York vor Augen führt. Sie liessen sich zwar als Schachfiguren in diesem Spiel aufstellen, sicherlich war ihnen der Grad der Instrumentalisierung nicht immer gleichermassen bewusst, aber manchmal durchbrachen sie die ihnen zugesprochene Rolle auch und entwickelten ein Eigenleben, versuchten, darin Akteure zu werden. Die Rolle der Jazzmusiker\_innen ist deshalb die zwiespältigste im Film.

## Unabhängigkeit, wie wir sie gewähren oder keine

Weniger zwiespältig sind alle anderen Figuren, die im Film vorkommen. Allen voran Patrice Lumumba, der mit der Aussage «Ich bin kein Kommunist, ich bin Afrikaner» in den Film eingeführt wird. Eine Aussage, die korrekt und nachvollziehbar ist, aber niemanden interessierte. Seine Positionierung stand im Kalten Krieg nicht zur Verfügung. Lumumba wollte die reichen Rohstoff-Erträge der verarmten Bevölkerung zugänglich machen und das machte ihn zum Gegner der imperialistischen Interessen, also galt er als Kommunist. Derartige Zuordnungen erfolgten ohne grosses Federlesen oder Rücksicht auf Details. Wobei seine Gegner ihm nicht einmal den Respekt erwiesen, ihn als politisches Subjekt zu nennen, in den Protokollen und Memos wird er als «Störfaktor», als «Belästigung» oder als «Problem, das es zu beseitigen gilt» genannt. Der Auftrag ihn zu ermorden, kam von oberster Stufe, vom US-Präsidenten Dwight Eisenhower, wie der CIA-Mann vor laufender Kamera unverfroren aussagt.

Gleiches gilt für seine Mitkämpferin Andrée Blouin, die durch diesen Film etwas aus der Vergessenheit gerissen wird und deren Autobiographie in der Folge neu aufgelegt worden ist. Sie, die sich in Referenz auf den spanischen Bürgerkrieg selber «Black Pasionaria» nannte, an der Seite Lumumbas eine tragende und gestaltende Rolle einnahm und nebenbei viele Frauen des Kontinents zu begeistern und mobilisieren vermochte, überforderte die Gegenseite massiv. Sie stand ebenfalls auf der Todesliste der Belgier und der USA, aber wohl weil sie eine Frau war und zudem Tochter eines weissen Franzosen, wurde sie am Ende «sanfter» eliminiert: Ihre Kinder wurden als Geisel genommen, Blouin aus dem Land gejagt und mit einem Maulkorb versehen. Sie starb 1986 im Exil in Paris. Doch hinterliess sie eine Autobiographie, deren Beitrag im Film gross ist, Passagen daraus bilden Zeitzeugnisse einer Person, die mitten im Geschehen stand und die Situation zu analysieren wusste. Derartige Zeugnisse sind eine wertvolle Seltenheit, insbesondere solche von afrikanischen Protagonist\_innen.

## Geschichtsschreibung als Akt der Kollektivität

Der belgische Regisseur Johan Grimonprez betont im Interview mit «Inside the Arthouse», dass er einen Film über die Ermordung Lumumbas machen wollte. Es ging ihm darum, die Machenschaften Belgiens zu untersuchen, über die in den Schulen Belgiens geschwiegen wird. Im Verlauf der Recherche nahm das Projekt allerdings überbordende Dimensionen an, auch weil in den letzten Jahren viele Dokumente aufgetaucht sind, die bisher unter Verschluss waren. Prägend war aber speziell, dass er und sein Team durch kongolesische Gesprächspartner\_innen mit der Realität konfrontiert wurden, dass auch die Archive dekolonisiert werden müssten, sie stehen den afrikanischen Forscher\_innen einfach nicht zur Verfügung, da sie in Europa eingelagert sind. Grimonprez und sein Team erkannten deshalb die Notwendigkeit, sehr behutsam vorzugehen und mit einer Fülle von Dialog und enger Kooperation mit den Nachfahren der Portraitierten. So versucht der Film ernsthaft, den verschiedenen Personen in dieser Geschichte und der Geschichte selbst gerecht zu werden. Beispielsweise Eve Blouin, die Tochter von Andrée Blouin, war wichtiger Teil der Diskussionen, gleiches gilt auch für Sergej Chruschtschow, den Enkel von Nikita Chruschtschow, der nach seiner Absetzung 1964 aus der sowjetischen Geschichte herausgeschrieben worden ist, aber einen grossen privaten Nachlass hinterlassen hat. Schliesslich übernimmt der in Brüssel im Exil lebende Schriftsteller In Koli Jean Bofane die Rolle, über die Nachgeschichte der Ermordung zu berichten und darüber, wie bis heute, die Rohstoffe von Katanga zu Krieg und Genozid führen. Die Aktualität der Geschichte wird so beissend klar.



«Soundtrack to a Coup d'État» ist ein kluger, vielschichtiger Film, der sich darum bemüht, die Machtgefüge im Kalten Krieg offen zu legen und darin auch den Widerstand dagegen nicht zu übergehen. Der Film überrascht durch eine unkonventionelle, Musik-betonte Machart, die aber funktioniert und einen Sog erzeugt, der die satten zweieinhalb Stunden kurz erscheinen lassen. Auch wenn der Film irritierenderweise für den Oscar nominiert wurde, so sollte das niemanden abhalten: es handelt sich dabei um politische Bildung, wie wir sie brauchen. Und momentan auf der Mediathek von arte frei zugänglich.



## BUCHTIPP

## Niemand aus Liebe. Männergewalt an Frauen

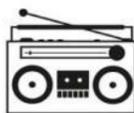
(agfk) Jede zweite Woche wird in der Schweiz eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner ermordet. Jede Woche überlebt eine Frau einen versuchten Femizid. Hinter diesen Zahlen stecken Leben, Beziehungen, zerstörte Familien – und eine immer gleiche Frage: Warum werden Männer gewalttätig? Warum töten sie Frauen, die sie angeblich lieben? Und was tut die Schweiz dagegen?

Miriam Suter und Natalia Widla gehen diesen Fragen kompromisslos nach. Sie sprechen mit Fachleuten aus Justiz, Psychologie und Politik, analysieren aktuelle Fälle von Gewalt und zeigen, was hinter dem Begriff «Täter» wirklich steckt. Wer sind diese Männer? Was bringt sie dazu, Gewalt auszuüben? Und vor allem: Was könnte unsere Gesellschaft tun, um das zu verhindern? Klar wird beim Lesen: Der gewalttätige Mann ist kein Monster, das man leicht erkennen könnte. Er ist nicht «der Fremde» oder «der Andere». Täter sind Männer aus allen Schichten, Kulturen und Altersgruppen – unsere Kollegen, Freunde, Brüder, Väter. Gewalt gegen Frauen sind keine Einzelfälle, sondern ein strukturelles Problem.

Das Buch erklärt eindrücklich, wie diese Gewalt entsteht – beginnend bei alltäglichem Sexismus, über Victim Blaming bis hin zu körperlicher Gewalt. Es zeigt, dass Männer Frauen Gewalt antun, weil sie es können – weil patriarchale Strukturen ihnen das erlauben. Und es macht klar: Liebe hat damit nichts zu tun. Suter und Widla verschweigen nichts, sie benennen die patriarchale Anspruchshaltung, die hinter dieser Gewalt steht, und zeigen, wie diese Haltung durch Politik, Justiz, Medien und Kultur immer wieder gestützt wird. Doch sie bleiben nicht bei der Analyse stehen: Das Buch liefert konkrete Vorschläge, was sich jetzt ändern müsste – von einer besseren Gesetzgebung, die Femizide klar benennt, über mehr Schutzräume für Betroffene bis hin zu verpflichtenden Anti-Gewalt-Programmen für Täter.

«Niemand aus Liebe» ist mehr als ein Buch. Es ist ein Augenöffner, ein Weckruf – und eine Aufforderung an uns alle, nicht länger wegzusehen. Ein Buch, das man gelesen haben muss, weil es uns alle betrifft.

## Radio Widerspruch



Immer am ersten Samstag im Monat geht die Sendung "Widerspruch" auf dem Winterthurer Radio Stadfilter über den Äther (96.3.) bzw. übers Kabel (107.35) oder Internet ([www.stadfilter.ch](http://www.stadfilter.ch)).

Zwischen 16.00 und 18.00 wird jeweils über ein aktuelles politisches Thema berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und Veranstaltungstipps runden die Sendung ab.

[www.winterthur.aufbau.org](http://www.winterthur.aufbau.org)



Schicksalhafte Verfolgungsjagd aus Richard Dindos Film «Dani, Michi, Renato und Max»

## FILMTIPP

## Berichte vom Staat als Mörder des Volkes

(agkkz) Das Werk des kürzlich verstorbenen Schweizer Regisseurs Richard Dindo befasst sich mit der linken Bewegung und der Gewalt, mit welcher der Staat der Bewegung begegnet – ein Nachruf.

Im Nachgang eines politisch motivierten Sprengstoffanschlags (keine Verletzten, geringer Sachschaden) auf die Residenz eines Mitglieds der Landesregierung kommt es zu einer Reihe von Verhaftungen in der linken Szene, unter den Verhafteten ist die 23-jährige Gabi S. Nach wochenlanger Isolationshaft und stundenlangen Verhören durch die Bundespolizei suizidiert sich die junge Frau in ihrer Zelle. Das einzige, was der Gefangenen letztlich zur Last gelegt werden konnte, war ein Farbschlag auf eine Kirche. Was wie eine Szene aus einem fernen autokratischen Staat anmutet, hat sich tatsächlich in Winterthur Mitte der 1980er-Jahre so zugetragen. In seinem Film «Verhör und Tod in Winterthur» dokumentiert Richard Dindo das Schicksal von Gabi S. und ihren Genoss\_innen. Grundlage ist eine von Erich Schmid verfasste Reportage zu den Ereignissen. Schmid wurde nach deren Veröffentlichung von seinem Arbeitgeber, dem Tagesanzeiger, freigestellt und geheimdienstlich überwacht. Der Film zeigt immer wieder Momente, in denen Dindo bei seiner Arbeit auf Mauern des Schweigens stösst. Dem Staat ist nicht an Aufklärung gelegen, es soll nach Möglichkeit verhindert werden, dass staatliche Institutionen offen und öffentlich hinterfragt und kritisiert werden. Für die Zuschauer\_innen sind diese Szenen befremdlich, gerade beim Einsatz von staatlicher Gewalt sollte doch absolute Transparenz herrschen. Stattdessen zeigt sich ein Staat, der hinter gezogenen Vorhängen, wenn nicht mordet, so doch Menschen in den Tod treibt und alles daran setzt, dass Umfeld und Öffentlichkeit nicht hinter die Vorhänge sehen.

### Von Einzelfällen zum Muster

Dani und Michi, zwei junge Bewegte, fahren in einer Zürcher Sommernacht Anfangs der 1980er-Jahre mit dem Töff aus. Auf der Birmensdorferstrasse, Richtung Stadtauswärts, nimmt ein Polizeiwagen die Verfolgung auf. Kurz nach der Tramhaltestelle Triemli gelingt es dem Polizeiwagen, die beiden Jugendlichen von der Fahrbahn abzudrängen, darauf stürzen Dani und Michi und verunfallen tödlich. Das aggressive Fahrverhalten der Polizei wurde von mehreren Augenzeug\_innen bestätigt. Dieses und andere Schicksale von jungen Menschen, welche sich

rund um das ehemalige Autonome Jugendzentrum (AJZ) in Zürich bewegen, erzählt Dindo in seinem Film «Dani, Michi, Renato und Max». Verbindendes Element ist: Alle Namensgebenden verloren ihr Leben wegen direkten Folgen von Polizeigewalt. Wie schon bei der Geschichte in Winterthur gestaltet sich die Recherche äusserst schwierig, der Staatsapparat tötet und schweigt, jegliche Nachforschungen werden behindert. Die Täter\_innen werden, in enger Zusammenarbeit mit der Justiz, freigesprochen. Geht es um den Schutz der staatseigenen Schlägertruppe, ist es mit Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit nicht weit her.

Einer breiteren Öffentlichkeit ist Richard Dindo wohl aufgrund seiner Zusammenarbeit mit dem Journalisten Niklaus Meienberg bekannt. Ihr gemeinsamer Film «Die Erschiessung des Landesverrätters Ernst S.» ist ein Dorn im Auge aller, welche die Rolle der Schweiz im zweiten Weltkrieg gerne mythisch erklären. Statt mit einem fröhlich-freiheitsliebenden, widerständigen Bergvölklein, werden wir mit den offenen Sympathien der Militärs für den Nationalsozialismus konfrontiert. Und mit dem Klassencharakter der Justiz, der auch im Militär zum tragen kommt: Hingerichtet werden nicht etwa die Offiziere, oder Emil Georg Bührle, der den Nazis Waffen liefert, sondern der einfache Soldat Ernst S. wird des Landesverrats bezichtigt und muss von seinen Kameraden erschossen werden.

### Know Your Enemy

Richard Dindo beschäftigt sich in seinem künstlerischen Schaffen mit denen, deren Leben der Schweizer Staat genommen hat. Dindo zeigt die politische Dimension der Morde und den Anspruch des Staates, sein Treiben zu verdunkeln, sich nicht vor dem Volk rechtfertigen zu wollen und auch nicht zu müssen. Dindos Filme sind keine leichte Kost und lassen uns oft wütend und traurig zurück, trotzdem, oder gerade deshalb, hat sein Werk eine perspektivische Bedeutung. Die Rolle des bürgerlichen Staates als gewalttätigem Antagonisten zu jeder emanzipatorischen Bewegung wird in der Beschreibung der staatlichen Gewalt gegenüber dieser Bewegung klar herauskristallisiert. So können wir, im Anschluss an die Zeilen der Rockgruppe Rage Against the Machine, klar sagen: Wir kennen unseren Feind.

Eine Auswahl von Richard Dindos Filmen steht momentan auf der Streamingplattform PlaySuisse frei zur Verfügung

# Ein Festival der Arbeiter\*innen Kultur

## ROTE KULTUR TAGE

30.10. - 09.11. 2025

[rote-kulturtage.ch](http://rote-kulturtage.ch) [rotekulturtage@immerda.ch](mailto:rotekulturtage@immerda.ch)

### ROTE KULTURTAGE

# Festival der proletarischen Kultur

Vom 30.10.2025 bis zum 9.11.2025 werden in Zürich erneut die Roten Kulturtage stattfinden. Wir wollen einen Blick hinter die Kulissen wagen und die konkreten Organisationsprozesse für das Festival beleuchten.

(agfk/agkk) Ein Wochenende voller Lesungen, Ausstellungen, Theater, Performances und Diskussionen unter dem Stern der schöpferischen Kraft unserer Klasse – im August 2022 fanden im Volkshaus Zürich zum ersten Mal die Roten Kulturtage statt (vgl. AUFBAU #111). Im Hinblick auf die kommende Ausgabe hat sich konzeptionell einiges geändert. Der Grundgedanke hinter den Roten Kulturtagen bleibt jedoch unverändert: Kulturarbeit ist als Teil der politischen Strategie einer revolutionären Organisation zu sehen. Doch woher kommt dieser Gedanke und wieso ist er richtig?

#### Eine kurze Geschichte unserer Kultur

Arbeiter\_innenkultur als Teil einer politischen Strategie ist ein Gebiet auf dem historisch viel Erfahrung gesammelt wurde: International, wenn wir beispielsweise an das epische Theater von Brecht und die Avantgardegruppe UNO-VIS aus der Sowjetunion denken, aber auch in der Schweiz – ob in den diversen Arbeiter\_innenchören, auf der Proletarischen Bühne Zürich oder durch die Filme der Colonia Libera. Die Ansätze waren sehr divers, die daraus folgenden Veranstaltungen auch. Was die Ansätze jedoch einte, war deren direkte oder indirekte Verbindung mit der Arbeiter\_innenbewegung, respektive den kommunistischen Parteien und den Gewerkschaften.

Mit dem Verbot der Kommunistischen Partei Schweiz im Jahre 1940 ging ein Grossteil der damals bestehenden Arbeiter\_innenkultur in der Schweiz verloren. Die Festkultur wurde weniger und viele Kulturvereine verschwanden. Im Rahmen der 1968er-Bewegung gab es verschiedene Versuche, diese Vereine wiederzubeleben und durch die Gastarbeiter\_innen gelangten neue kulturelle Impulse, wie die Filme der Colonia Libera, in die hiesige Bewegung.

Während der 80er-Jahre setzte sich in der Schweizer Linken dann eine neue Konzeption linker Kultur durch, welche stark durch den Gedanken der Autonomie und der Freiräume geprägt war. Das Abdriften der grossen kommunistischen Parteien Europas in den Revisionismus, der Zusammenbruch der Sowjetunion und der generelle Abschwung der revolutionären Bewegung waren gleichzeitig Mitauslöser dafür, dass die Impulse sozialistischer Kultur international weniger wurden.

Aus der Geschichte zeigt sich: Die Kultur der Arbeiter\_innenklasse und der politische Ausdruck ebendieser standen immer in einem wechselseitigen Verhältnis. Die Arbeiter\_innenkultur wird immer auch durch den Klassenkampf und dessen jeweilige Ausformung geprägt. Angriffe seitens des Kapitals hinterlassen ihre Spuren also auch wesentlich in der kulturellen Sphäre. Doch was bedeutet das?

#### Die bürgerliche Kultur

Die Fragestellungen, die in die heute herrschende Kultur eingeschrieben sind, gehen an der materiellen und ideologischen Lebensrealität der Arbeiter\_innenklasse vorbei. Im kulturellen Diskurs wird an ein undefiniertes individuelles Subjekt angeknüpft. Es wird suggeriert, dass die Kultur nicht ideologisch geprägt ist.

Der Begriff der Klasse findet punktuell wieder Anklang, wenn wir uns bspw. die aktuelle Ausstellung im Helmhaus Zürich vor Augen führen. Dabei wird der Begriff der Klasse jedoch deformiert und auf eine Form von Unterdrückung, namentlich den Klassismus reduziert. Die Frage, inwiefern Kunst und Kultur spezifisch der Klasse dienen kann, wird nicht gestellt. Der Gedanke, dass Kunst einem spezifischen Ziel dienen und nicht immanent frei ist (sein soll), findet keinen Raum. Doch solange es eine Klassengesellschaft gibt, gibt es auch eine Gegenseite zur hegemonialen Kultur.

#### Unsere Kultur

Die heutige Arbeiter\_innenkultur ist, wie die Klasse selbst, stark fragmentiert und die Nutzung kultureller Mittel in der Bewegung strategisch oft nicht klar eingebettet. Sie zeigt sich meist in Festen und Veranstaltungen als Addition zu einem politischen Anlass. Zudem bestehen spezifisch kulturelle Angebote, die symbolisch an die Bewegung angebunden sind. So z.B. antifaschistische Boxwettbewerbe, Küfas (Küche für alle), regelmässige offene Bars und so weiter.

Wenn es sich hingegen spezifisch um die Arbeiter\_innenkultur als einen Ausdruck unserer Kultur dreht, gibt es wenig Widerständiges zu beobachten und dies hat seine Gründe. Was wir als schöne Kunst bezeichnen oder was wir als gut erzählt empfinden: Das alles ist stark von hegemonialen Narrativen geprägt. Dies führt einerseits dazu, dass eine Entfremdung zur eigenen revolutionären Geschichte stattfindet – wir können kaum die revolutionären Lieder unserer Vorfahren mitsingen oder sind peinlich berührt von deren Pathetik und wir kennen die Autor\_innen nicht, deren Bücher in unseren Lokalen stehen.

Andererseits wird in der Kunst der Gedanke einer «freien Kunst» reproduziert. In den letzten Jahren waren die meisten aus der sozialistischen Bewegung kommenden Impulse, die Kunst betrafen, im Rahmen einzelner Besetzungen zu finden. Es wurden Häuser erobert und diese dann jungen Künstler\_innen für Kunstproduktion/-präsentation überlassen, auch unabhängig des Charakters der dort produzierten Kunst oder des Klassencharakters der Künstler\_innen. Der politische Anteil ist dabei die Schaffung eines Freiraums, die Kunst soll sich dann dort «natürlich» und «frei» entfalten.

#### Potential

Wenn wir unseren Blick aber nochmals weiten und uns international umsehen, erkennen wir die widerständige Kraft, die der Kunst innewohnt. Wir kennen die aktuellen Bilder vom Tischerin-Damm in Rojava: Es wird gesungen und

getanzt. Der Widerstand wird damit nicht nur moralisch gestützt, sondern es entstehen auch Lieder über den Widerstand, die in die Welt getragen werden. Die kollektiv bewusst geschaffene Kunst übernimmt die Aufgabe, Geschichte(n), Erfahrungen und Wissen weiterzugeben.

Durch Kunst kann es gelingen, den Menschen über die Sinnlichkeit abzuholen und im Sinne einer Kollektivierung gezielt am Bewusstsein des Individuums anzudocken. Sie leistet somit das, was die Arbeiter\_innenkultur ausmacht: Kollektivität schaffen, sinnliche Bedürfnisse befriedigen und das Klassenbewusstsein langfristig stärken.

#### Die Roten Kulturtage

Die Roten Kulturtage bieten daher Raum für Kunst, ohne sich auf diese Aufgabe zu beschränken. Das Festival soll die Möglichkeit bieten, Kunst und Kultur in einem ideologisch klar gesetzten Rahmen zugänglich zu machen. Sei dies im Theater, der Lesung, einem Grümpi, dem Film, beim Essen, dem Konzert oder in der Diskussion.

Es soll sichtbar gemacht werden, wo die Bewegung steht und welche Ansätze von Arbeiter\_innenkultur es gibt. Ziel ist es, über das Festival hinaus einen Austausch zur Rolle der Kultur anzustossen und das Experimentieren mit Ästhetik und Sinnlichkeit zu fördern.

#### Planung und Umsetzung

Das Programm des Festivals wird in Zusammenarbeit mit Organisationen der sozialistischen Bewegung entwickelt. Neben der Miteinbeziehung der Organisationen werden im Infoladen Kasama Stammtische in verschiedenen Kunstsparten durchgeführt. Dort werden politisierte Kunst- und Kulturschaffende dazu eingeladen, in einem organisierten Rahmen mit ästhetischen/kulturellen Mitteln zur Emanzipation der Arbeiter\_innen beizutragen.

Die Räume, in denen die Roten Kulturtage stattfinden, sind zudem nicht bedeutungslos: Es gilt sowohl historische als auch kontemporäre Räume der revolutionären Bewegung zu bespielen: Punto d'incontro, Kasama, Volkshaus und Rote Fabrik, die Strasse, der Fussballplatz oder die illegale Bar.

Eine historische Ausstellung in der Zentralwäscherei ermöglicht zudem, aus Erfahrungen zu lernen und Schlüsse in die heutige Praxis zu tragen. Die in einem Festivalzentrum ausgestellte, laufend aktualisierte Dokumentation des Festivals soll zur Reflexion über die gezeigte Arbeiter\_innenkultur einladen und zugleich das ungezwungene Zusammenkommen ermöglichen. Die Roten Kulturtage in ihrer Gesamtheit sollen die Bewusstseinsbildung der Klasse vorantreiben. Für die Revolution. Für den Kommunismus.

**IMPRESSUM Herausgeberinnen:** Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich/Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org/Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org  
**Redaktion (red):** Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafzh), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak), Arbeitskreis Frauenkampf (akfk), Arbeitsgruppe Frauenkampf (agfk), Frauenkampfkollektiv (fkk), Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agj) **Redaktion und Vertrieb Schweiz:** aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich, Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org

**ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU** Basel: Bläsiring 86 (Parterre), Öffnungszeiten auf Anfrage, E-Mail: basel@aufbau.org Winterthur: Grenzstrasse 38, E-Mail: winterthur@aufbau.org  
 Zürich: Meinrad-Lienertstrasse 15, im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus), jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

**VERKAUFSTELLEN Schweiz:** Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich/Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich/Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur/Buchhandlung im Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4/Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern/Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern/Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen/Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel/Paramoia City Buch & wein, Ankerstrasse 12, 8004 Zürich/Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel. **Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg/Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstraße 125, 70190 Stuttgart/Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D – 70199 Stuttgart-Heslach/Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn/Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg/Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt/Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43, 80799 München/Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin/Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.